

## Die BRD ist implodiert



Es ist ein Alptraum. Die schockierende Wahrheit zu einer menschverachtenden parasitären Sekte, die in ihrem Machtwahn und der Gier wütet.

Weiterlesen: Seite 4

## „Neue Wege Waren“



Warener (Müritz) Bürger stellen die neuen Bürgermeister, die ohne Parteiensumpf die Schadenbegrenzung in der Warener Gemeinde starten können.

Weiterlesen: Seite 2

## Preußen ist die Zukunft

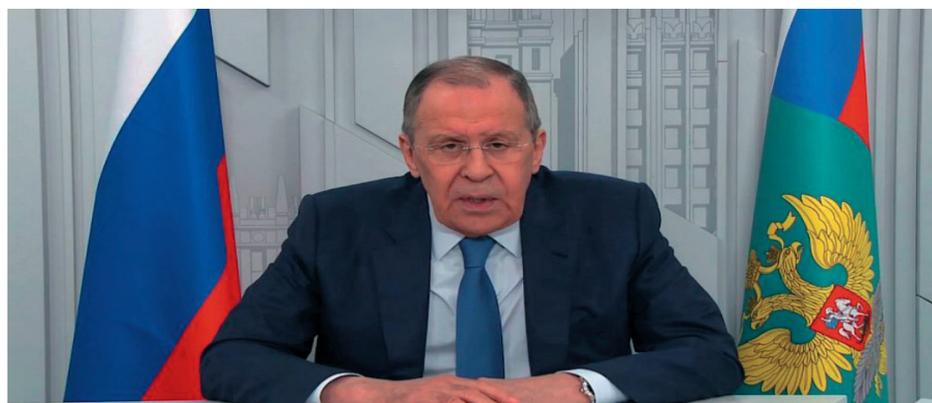


Die Okkupation des preußischen Staatsgebiet nähert sich dem Ende. Die Entnazifizierung ist in vollem Gange und die Bürger holen sich ihr Land zurück.

Weiterlesen: Seite 10

# BRD-Regime will Krieg

## - Russland klärt auf



**Russischer Außenminister Lawrow äußert sich zur Lage um die Ukraine**

In den letzten Tagen ist die Propagandamaschinerie des Westens und der Ukraine nur darauf angelegt, Hysterie um Bilder in Buscha (Region Kiew) zu schüren, die nach unserem Verständnis von den Militärs und dem Sicherheitsdienst der Ukraine gemacht wurden.

Es stellt sich die Frage: Was ist die Ursache für diese offensichtlich verlogene Provokation, deren Richtigkeit sich unmöglich bestätigen lässt? Wir sind geneigt, zu glauben, dass man dadurch einen Vorwand finden will, die laufenden Gespräche zu torpedieren. Und das gerade in dem Augenblick, wenn ein Licht zwar nicht leuchtet aber durchscheint. Am 29. März legte die ukrainische Seite bei den Gesprächen in Istanbul zum ersten Mal seit Beginn dieser Verhandlungen eine schriftliche Fassung dessen vor, wie der Vertrag in puncto Status der Ukraine und Sicherheitsgarantieren aussehen könnte.

In Übereinstimmung mit den Istanbul Vereinbarungen beschloss die russische Seite als Geste guten Willens, die Situation vor Ort zu deeskalieren. Vor allem ging es dabei um die Regionen Kiew und Tschernigow. Gerade in diesem Augenblick, drei Tage nach dem Abzug unserer Streitkräfte aus Butscha wurde dort jedoch eine Provokation organisiert, die heute Gegenstand des Gesprächs ist. Wir haben allen Grund zu glauben, man dadurch die Aufmerksamkeit vom Gesprächsprozess abziehen wollte. Man will davon ablenken, dass die ukrainische Seite nach den Gesprächen Istanbul versuchte, zurück zu rudern und neue Bedingungen aufzustellen. Sobald westliche Medien die Fälschung von Butscha in die Welt setzten, versuchten die ukrainischen

Unterhändler den Verhandlungsprozess zu unterbrechen.

Wir wollen, dass die Weltgemeinschaft die Wahrheit über unsere Offenheit für eine ehrliche und konsequente Arbeit am Verhandlungstisch wissen muss. Ich glaube nicht, dass es dem Gesprächsprozess gut tun würde, wenn die ukrainische Delegation weiterhin irgendwelche zusätzlichen Schritte seitens der Russischen Föderation fordern, sich nach wie vor dem Gespräche über die Denazifizierung und Demilitarisierung, Wiederherstellung der Rechte der russischen Sprache verweigern und erklären würde, dass es keine Probleme mit der russischen Sprache, den Rechten der russischsprachigen Bevölkerung und der Nazifizierung aller Lebensbereiche des Landes gebe.

Ganze Rede: <https://bit.ly/3NTaH4w>

### Stellungnahme der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa zur Erklärung von 40 Mitarbeitern russischer Auslandsvertretungen in Deutschland zu «persona non grata» durch die Bundesregierung

Am 4. April hat die Bundesregierung 40 Mitarbeiter russischer Auslandsvertretungen in Deutschland ohne jegliche plausible Begründung zu «persona non grata» erklärt. Diese beispiellose Entscheidung können wir nicht anders als Bestätigung von Berlins ausgeprägter unfreundlicher Politik zur gezielten Zerstörung des ganzen Gefüges bilateraler Beziehungen zu unserem Land beurteilen.

Durch besonders pathetischen Zynismus ist die entsprechende Erklärung der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock



**Stellungnahme der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa**

gekennzeichnet, die in voller Übereinstimmung mit Berlins aggressiver antirussischer Politik diesen konfrontativen Schritt eilig als Antwort auf vermeintlich von russischen Truppen verübte «un glaubliche Brutalität» im Kiewer Vorort Butscha darstellte und das trotz des offensichtlich inszenierten Charakters dieser vom ukrainischen Regime vorbereiteten Provokation.

Baerbocks Aussagen, die auszuweisenden Diplomaten seien eine Gefahr für Deutschland gewesen, da sie in Deutschland jeden Tag gegen die Freiheit, gegen den Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft gearbeitet hätten, grenzen an Hasspropaganda.

Diese und ähnliche Vorwürfe, die gegen uns vor dem Hintergrund der in Deutschland andauernd geschürten antirussischen Hysterie immer wieder von der Bundesaußenministerin erhoben werden, zeugen von der tiefsten Krise des Auswärtigen Amtes, das jegliches Realitätsgefühl und Fähigkeit zur diplomatischen Verständigung verloren hat. Die Errungenschaften russisch-deutscher Zusammenarbeit aus den vergangenen Jahrzehnten werden von der Bundesregierung für falsch verstandene europäische und transatlantische Solidarität bewusst und demonstrativ geopfert.

Wir betonen, dass die Bundesregierung für diesen erneuten Schlag gegen unsere Beziehungen zu Deutschland und dessen unvermeidlich verheerende Folgen für die Zukunft dieser Beziehungen allein verantwortlich ist. Deutschland wird die russische Reaktion zu spüren bekommen.

### Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa zur Lage in der Ukraine und Butscha

Es ist offensichtlich, dass dieser schreckliche verbrecherische Fake inszeniert wurde, um ein weiteres im Voraus geplantes Sanktionspaket zu rechtfertigen, inklusive der groß angelegten Ausweisung russischer Diplomaten aus mehreren westlichen Ländern, und die Verhandlungen zu erschweren bzw. platzen zu lassen, bei denen Kiew begann, Anzeichen eines realistischen Ansatzes zu demonstrieren. Der dritte und wichtigste Faktor: Wieder einmal will man die Situation nicht nur in der Region, sondern auch in der Welt anheizen. Man muss sich doch irgendwie vor den Menschen erklären können, die von westlichen Russland-Sanktionen betroffen sind, die nach hinten losgehen bzw. alle Teile der Welt in Mitleidenschaft ziehen. Man muss ihnen erklären, warum diese Sanktionen weiterhin verhängt werden. Weltweit demonstrieren Menschen, fragen ihren Regierungsvertretern und Politikern Löcher in den Bauch, um eine Antwort zu bekommen, warum diese Länder leiden oder Sanktionen gegen Russland unterstützen müssen, warum auch Nationen, die in die Situation rund um die Ukraine oder überhaupt in europäische Angelegenheiten nicht eingebunden sind, nun unter diesen Restriktionen mitleiden. Ich glaube, dass diese Länder und politische Kräfte doch einen Anspruch hatten, ihrer Bevölkerung wenigstens etwas zu erklären, insbesondere warum die Bevölkerung hohe Spritpreise, Nahrungsmittelkrisen, logistische Probleme wegen ausgefallener Flüge, geschlossene Grenzen usw. hinnehmen soll. Man brauchte irgendwelche Erklärung. Wenn keine logische vorhanden ist, soll man eine erfinden. Also hat man eine erfunden.

**Wenn Sie keinen Krieg mit Russland wollen, nehmen Sie ihre Gemeinde aus dem Krieg.**  
Für Frieden und Sicherheit - Es ist Ihre Entscheidung.

# Bürger beenden die Pandemie, die Parteien erschaffen haben.



## Reinhard-Günter Klähm

geboren am 02.06.1951

1966-69 Lehre Agrotechniker  
1970-72 Wehrdienst  
1975 Verheiratet, 2 Kinder  
1972-89 Genossenschaftsbauer  
1990 Straßenbauarbeiter – Bauarbeiter  
2014 Rentner

- dem Menschen einen Weg aufzuzeigen, der das Leben wieder Lebenswert macht
- das die Lebensfreude wieder die Oberhand gewinnt, nicht Leben um zu Arbeiten, sondern Arbeiten um zu Leben
- die Grundversorgung mit Lebensmitteln zu sichern, die in unseren Gemeinden stattfinden muss
- das es wieder Gewerke in unseren Gemeinden gibt (Bäcker, Fleischer, Gärtner, Schmied, u.s.w)
- das das Leben wieder zurückkehrt und nach getaner Arbeit auch wieder gefeiert wird
- Eigeninitiative soll wieder jeder entwickeln und sich untereinander Austauschen

## Gerhard Wollin

- geboren am 04.12.1952 in Pinneberg bei Hamburg
- geschieden, 3 Kinder
- Einzelhandelskaufmann; Betriebswirt
- seit 1970 Soldat
- bis 1980 Offizier der Luftwaffe bis 2002 mit Fachrichtung Personal- und Menschenführung
- seit 2003 selbstständiger Kaufmann

„Von frühen Jahren an war mir der Umgang mit Menschen sehr Wichtig, daher rührt meine Ambition, junge Menschen auszubilden und ins Leben zu begleiten; ich habe gern Herausforderungen gesucht, für mir anvertraute Menschen das Bestmögliche zu erreichen. Für Sie alle möchte ich helfen, ein glückliches Leben schaffen und für die künftigen Generationen eine optimale Lebensführung ermöglichen. Ich möchte Sie aber auch bestärken, in Ihre Eigenverantwortung zu kommen und Ihre Potenziale zu entfalten.“

## Gerhard Wollin - Richtungsweisend

Seit einiger Zeit schon bin ich einer von Ihnen - ein Warener Mitmensch. Sie kennen mich nicht, noch nicht.

Ich habe das gute Gefühl, dass Sie mich kennenlernen sollten. Mir ist bekannt, dass viele von Ihnen mit der Politik, die hier im Rathaus, in Ihrer Stadt „gemacht“ wird, nicht zufrieden sind. Politik soll Ausdruck davon sein, was die Menschen in einem Gebiet, in einer Region, in der Stadt für ihr Leben erreicht wissen wollen, um mit ihrer Familie, für sich und ihre Kinder und Enkel in Frieden und Freiheit selbstbestimmt leben zu können. Seit vielen Jahrzehnten beobachte ich, dass dieses wichtige Ziel - das wichtigste Ziel überhaupt für Menschen in diesem „Staat“ Bundesrepublik Deutschland - nicht erreicht wird, ja nie das Ziel der Politik war. Es war offensichtlich auch nie das Ziel der Politik, etwas für Menschen zu tun.

Ein Beleg dafür ist die öffentliche Einlassung der bisher besten „Kanzlerin“ aller Zeiten, die mal sagte, dass das, was vor einer Wahl gesagt wird, ja nach der Wahl nicht mehr erreicht werden muss. Bedeutet doch nichts anderes, als dass die Zielsetzungen, die als Wahlversprechen einmal ausgegeben wurden, nach einer Wahl nicht mehr wichtig sind.

Ist das nicht Betrug am Wähler? Aber Menschen vergessen leicht. Viel zu schnell. Haben Sie - haben wir diesen Betrug verdient? Haben wir nicht! Wir sind die Schöpfer dessen, wovon diese Politiker - alle Politiker - als unsere Angestellten bezahlt werden.

Sie haben es verdient, dass jemand sich um Ihre Belange kümmert, dass jemand für Sie umsetzt, was er versprochen hat, für Sie zu tun. Jetzt werden Sie einwenden: das sagen alle, das sagt jeder immer, um sein eigenes Ziel zu erreichen. Dies mag so sein. Aber lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen, dass ich das so sehe, wie ich es sage. Und das hat folgenden Grund. Der erste Satz meiner Vorstellung lautet: „*Ich schwöre, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen*“.

Das war der zweite Teil meines Dienstes, den ich als junger Mann 1970 geleistet hatte, als ich meinen Dienst bei der Bundeswehr antrat. Nichts in meinem Leben habe ich bisher ernster genommen als das. Ich sage immer, das gilt bis zum eigenen Tod. Auf die Hilfe Gottes hatte ich seinerzeit verzichtet. Heute ist eben Gott mein Freund und Partner, mein Vertrauter und Ratgeber in vielen Situationen. Man lernt so manches im Verlauf des Lebens. Wir dürfen auch wissen, dass wir als Ebenbild Gottes geschaffen sind und dass wir Schöpfer sind. Lassen Sie uns schaffen - gemeinsam. Ich für Sie und wir zusammen - miteinander für unser gemeinsames Ziel. Kurzgefasst: Gott ja, Kirche nein.

Kirche, voran die katholische, steht für jede Form von Verbrechen und ist damit so fern von Gott wie niemand sonst. Ich war nie ein politischer Mensch. Früher sagte ich immer, das ist nicht mein Ding, es ist ein schmutziges Geschäft.

Über Jahrzehnte hinweg können wir das rückblickend erkennen. Sie, unsere Politiker machen mit uns, was sie wollen, aber nicht, was wir wollen. Heute wissen wir, dass es nicht ihre Aufgabe ist, für uns zu arbeiten, sondern die Ziele zu erfüllen, die ihnen von mächtigeren Figuren aufgegeben sind, von denen wir nie eine Ahnung hatten. Und diese Ziele sind, dass sie uns so lange es geht, ausbeuten, um uns letztendlich zu vernichten.

Keiner von den Heerscharen von Politikern hat im Sinn, uns unser Leben zu erleichtern und uns zu helfen. Es geht nur um ihre Macht und um viel Geld. Jeder denkt an seine Pfründe. Und jeder von ihnen belügt uns. Jeden Tag. Lassen Sie mich Ihnen sagen: Jeder einzelne von denen leidet unter einer antisozialen Persönlichkeitsstörung. Damals glaubte ich ernsthaft, dass es mit dem Beitrag der Bundeswehr gelingen könnte, einen weiteren Krieg zu verhindern. Im Grundgesetz hieß es damals auch noch sinngemäß, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen sollte. Wussten Sie das? Dies ist schon lange verschwunden. Wie das Grundgesetz auch. Und diese Frau im Kanzleramt - Kanzler Kohls Mädchen, hat ja in ihrer Amtszeit auch mal versprochen, dass wir nicht noch einmal Anspruch auf 50 Jahre Frieden haben. Nie gehört, oder ist es vorbei gerauscht, wie so vieles? Ja und nun haben wir den Salat. Aber alles, an was ich mal glaubte, hat sich in Luft aufgelöst. Weil alle unsere Politiker falsch spielten und es noch tun.

Schon früh als junger Vater musste ich erkennen, dass in der Bundesrepublik Deutschland keine familien- und kinderfreundliche Politik gemacht wurde. Ich war Ende 30, als ich zum letzten Mal wählen ging. Mein Glaube an die Politik war zerstört. Der Glaube an Demokratie und sozialen Rechtsstaat auch.

1988 wählte ich zum letzten Mal in Bayern, einen Mann zum Anfassen, einen Recken: Franz Josef Strauß, dem ich noch vertraute, weil mein Land, in dem ich seinerzeit stationiert war, offensichtlich noch in Ordnung gehalten wurde, für mich ganz offensichtlich im großen Unterschied zum übrigen Deutschland. Heute wissen wir, dass alle Wahlen seit 1956 illegal sind, wie das Bundesverfassungsgericht - das ich gern Bundesverschwörungsgerecht nenne, weil es gegen die Menschen arbeitet und die Verschwörung der Politik gegen das Volk unterstützt - vor Jahren entschieden hat. Was sollen sie denn auch sonst tun, denn eine Verfassung, die es zu schützen gäbe, existiert ja nicht, obwohl die Frau im Kanzleramt - die ich liebevoll immer das Monster aus der Uckermark nenne - uns ja immer eingeredet hat, dass das Grundgesetz unsere Verfassung ist. Ja, genau die „Frau“, die behauptet hat, dass es nicht erforderlich ist, nach der Wahl das zu tun, was man vor der Wahl versprochen hat.

Und alle machen mit. Lassen Sie uns damit aufhören.

Viele Jahre war ich in Bayern an meinem Standort der verantwortliche Presseoffizier und habe schnell gelernt,

dass das, was gesagt wurde, so in aller Regel nicht geschrieben wurde. Schon da habe ich gelernt, dass die Wahrheit ständig verbogen und an höhere Ziele angepasst wurde. Das spiegelt die immer währende Arbeit von Medien; aber lassen Sie mich ein paar Dinge noch sagen. Sie als Menschen in Waren haben die absolute Priorität in meinem Wirken.

Ich als Ihr Bürgermeister „bürge“ dafür, dass Ihre Rechte und Interessen gewahrt werden. Auch wenn es inzwischen (dank Merkel) ja kein deutsches Volk mehr gibt, kann ich Ihnen versichern, dass ich alles in meiner Macht stehende tun werde, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen und unsere Gemeinde und die ganze Region voran zu bringen.

Meine lieben Menschen in Waren: Nehmen Sie mich als Ihren Bürgermeister in die Pflicht, zu tun, was unsere Gemeinde für ihre Sicherheit benötigt und was Sie für Ihre Sicherheit benötigen.

Als Beispiele nenne ich hier die völlig unrechtmäßige Entscheidung der Landesregierung, das Land Mecklenburg-Vorpommern zum Corona-Hotspot zu erklären. Covid 19 ist keine gefährliche Krankheit und alles was jetzt zu einer Ausweitung von Maßnahmen führt, ist ein Verbrechen. Es trotz Wissen dennoch zu tun - und darauf zu verweisen wem es nicht gefalle, der könne ja klagen - ist keine Politik, sondern reine Scharlatanerie. Das ist das, was dieser sogenannte „Gesundheitsminister“ der „Bundesrepublik Deutschland“ schon seit Jahren macht: Verbrechen gegen die Menschlichkeit und potenzieller Mord.

Ein anderes Beispiel ist die gezielte Vernichtung der mittelständischen Wirtschaft durch Verhinderung der Entfaltungsmöglichkeiten und damit einhergehend die Vernichtung vieler Existenzen von Menschen. Und drittens: Besonders schwerwiegend ist die Entwicklung in den Schulen für unsere Kinder, die selbstverständlich durch die aufgezwungenen Maßnahmen schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Alles sind politische Ziele, die darauf abzielen, Deutschland endgültig zu vernichten, das deutsche Volk auszurotten und das Territorium für eine Umvolkung vorzubereiten.

Die übrigens schon seit langem läuft, z.B. mit den Maßnahmen der Migration seit 2015. Und seien Sie versichert: wir haben gemeinsam nur noch diese eine Möglichkeit, Deutschland zu retten. Niemand anderes hat ein Interesse daran. Wann bitte, machen wir diesem ganzen Spuk ein Ende?

Ich freue mich, für Sie alle als Ihr Bürgermeister da zu sein und Ihnen zu dienen für ein besseres Leben in einer besseren Welt.

Ich habe eine Vision:

Lassen Sie uns gemeinsam an dem großen Ziel arbeiten, das Leben für uns und für die Menschen insgesamt wieder lebenswert zu machen! Lassen Sie uns die Sklaverei der jetzigen Zeit, in die man uns über Jahrzehnte geführt hat, beenden! Wir alle haben die gleiche Chance zu erkennen, dass Leben anders geht. Menschliches Leben ist nicht von Geld und anderen materiellen Dingen bestimmt. Leben bedeutet miteinander und füreinander zu leben und eine gedeihliche Umwelt für uns und unsere Nachkommen zu schaffen. Jochen Kirchhoff – ein deutscher Philosoph der Jetztzeit – sagt dazu, dass der moderne Mensch eine Kümmerform des Menschen ist. Ich sehe mich nicht als Kümmerform und ich möchte erreichen, dass Sie es auch nicht tun. Aber in welchen Bereichen lässt man uns noch Mensch sein?

Unsere Ahnen haben uns eine wunderbare Welt hinterlassen. Und unsere Gegenspieler verwenden viel Energie darauf, uns diese Welt kaputt zu machen. Warum können sie das? - Weil wir nicht empathisch sind und weil wir unseren Weg verlassen haben und weil wir ständig allen Verführungen folgen, die man uns anbietet. Erkennen Sie das satanische an deren Plan? Sie vergiften uns, sie foltern unsere Kinder in den Schulen mit Masken und Tests. Sie machen mit uns, was ihnen beliebt. Wir sind im Krieg mit diesem unmenschlichen Pack.

Über Covid 19 haben sie euch gefügig gemacht und jetzt verkaufen sie euch den Krieg als etwas, was Russland begonnen hat. Sie haben diesen Krieg entfacht und ermorden seit acht Jahren

russische Menschen im Donbass. Putin hat sein Volk geschützt und rettet es. Und hier glauben alle, Russland sei der Übeltäter... Wir stecken seitlanger Zeit schon in diesem Krieg mittendrin. Nicht erst seit die Oma im Kriegsministerium Waffen in die Ukraine sendet.

Ich freue mich, für Sie als Ihr Bürgermeister da zu sein und Ihnen zu dienen – für ein besseres Leben in einer besseren Welt. Und noch eine Bitte an die Bürgermeister der Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern: Sie alle wissen, dass Sie in der Haftung für all Ihre Handlungen stehen. Wir haben keine legitime politische Führung in unserem Bundesland und auch keine in der „Bundesrepublik Deutschland“.

Gerne bereite ich für Sie den Weg. Gehen müssen Sie ihn.

### Kommentar der Redaktion

Gerhard Wollin und Reinhard-Günther Klähm stellen sich als Bürgermeister und stellvertretender Bürgermeister für die Stadt Waren (Müritz) vor. Ein Team von zwei Männern, deren Einsatz die Warener Bürger noch zu schätzen lernen werden.

Der zerstörerische Kurs der BRD-Verwaltung in der rechtswidrigen Verordnungs- und Pandemiepolitik wird von den Warener Bürgern mit einem sehr hohen Preis bezahlt werden.

Die Bürger entscheiden, wann der Wechsel in die Schadensbegrenzung stattfinden soll - jetzt, solange noch was zu retten ist und eine Schadensbegrenzung eingeleitet werden kann - oder vollständig ruiniert und an den Gräbern der Verstorbenen trauernd. Damit kein Missverständnis entsteht: es geht hier nicht um eine Bürgermeisterwahl in der der nächste Parteizögling seinen Posten bezieht. Dies hier ist eine angekündigte Amtsenthebung des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter. Für alle Beteiligten im Rathaus gilt es den Nachweis der rechtsfähigen Politik zu erbringen, dies wurde mehrmals schriftlich klar eingefordert und in dem Kontext nicht beantwortet. Somit gilt, dass der Bürgermeister und seine Stellvertreter - sowie die Stadtvertretung - vorsätzlich eine rechtswidrige Politik zum massiven Schaden der Stadt Waren (Müritz) und seiner Bürger fortsetzen. Es ist also zu erwarten, dass dieser Vorwurf nicht durch den Bürgermeister und Mittäter entkräftet wird und um der Haftung zu entgehen, wird diese Politik bis zum Kollaps der Verwaltung fortgeführt.

Wir, die Bürger aus „Neue Wege Waren“ tolerieren diese verbrecherische Politik nicht und werden eine Umfrage im Gemeindegebiet durchführen. Zur Erinnerung die 3 Fragen in verkürzter Form:

**Wir fordern Sie noch einmal auf, öffentlich Stellung zu folgenden Sachverhalten zu nehmen:**

**1. Können Sie den Nachweis der Rechtskraft der verkündeten Verordnung vom 17. April 2020 liefern. Ja oder Nein!**

**2. Können Sie den Nachweis für die physische Existenz des SARS CoV2 Virus zu liefern. Ja oder Nein**

**3. Erklären sie wie Inzidenzwerte dargestellt werden können, wenn das verwendete Instrument keine Infektion darstellen kann?**

Und das ist nur die Spitze des Eisbergs, die gesamte Verwaltung beruht auf Lug und Betrug im Handelsrecht.

Die Warener Bürger können entscheiden ob die Kosten aus der Pandemie auf sie abgewälzt werden oder den Verantwortlichen in Rechnung gestellt werden. Jeder Unternehmer kann seine Verluste dem wie einem Unternehmer haftenden verantwortlichen Bürgermeister in Rechnung stellen.

Und wie sollen die Bürger, die „Staatsschulden“ kompensieren, die per Zwangshypotheken umgeschuldet werden? Die Bürger werden für einen Systemwechsel vermögenslos gestellt – nur die Warener Bürger haben die Option sich aus dem Spiel zu nehmen. Es ist ihre Entscheidung ob Sie sich eignen lassen oder nicht. Diese Enteignung soll über einen Krieg mit Russland durchgeführt werden. Wir wollen Frieden und Sicherheit, das ist genau das was die politischen Mandatsträger nicht machen.

Es wird eine völlig irrationale Kriegshetze und die Zerstörung unserer Wirtschaft betrieben und wir und unsere Kinder sollen das ausbaden? Nicht mit uns!

**Wenn der „Staat“ versagt, ist es die Pflicht der Bürger den Notstand selber zu regeln!**

Für den Fall, dass ich mich undeutlich ausgedrückt haben sollte, erläutere ich ihnen - so freundlich wie mir möglich - den Sachverhalt im Klartext: Es geht nicht nur darum, dass mit einem wahrhaftigen Bürgermeister und aktiven Bürgern auf einer verfassungsrechtlichen Basis die Freiheit und Stabilität gewahrt bleiben, vielmehr geht es um unserer Leben. Das BRD-Regime führt eine menschenverachtende Kriegspolitik, um die finanziellen und ideologischen Interessenvorgaben einer „Elite“ weiterzuführen können. Dazu werden Sie, wir als Kollateralschaden verbucht - entbehrliches Nutzvieh, das abgeschrieben wurde.

### Wer will denn den Krieg mit Russland?

Sie, ihr Bruder, Ihre Frau, Ihre Kinder oder Ihr Nachbar? Nein, keiner will den Krieg, aber alle machen mit!

### Wir von „Neue Wege Waren“ machen da nicht mit!!!

Und wenn ein Langsamdenker nicht versteht, was gemeint ist, sollte er zur Kenntnis nehmen, dass Russland Kriege beendet. Das heißt: Wer dem russischen Bären ans Bein pinkelt, der bekommt einen Hausbesuch. Es ist ihre Entscheidung dieser Kriegstreiberei ein Ende zu setzen. Dazu wird ein handlungsfähiger Bürgermeister und aktive Bürger benötigt, die in Kooperation den Frieden sichern.

Zitat: „Das bestehende System dient weder dem Staat (den Staaten) noch den Menschen, die jeden Tag dort arbeiten. Man kann es nur als ein wirtschaftliches, kulturelles, intellektuelles und menschliches Desaster beschreiben. Ich warte auf den Tag, an dem deutsche Eltern genug haben und den Mut haben, für ihre Kinder aufzustehen.“

Jesper Juul (dänischer Familientherapeut)

### „Neue Wege Waren“

„Bürger informieren Bürger“ Kontakt:  
**SMS 0152 / 275 504 18**

Wenn mehr Wahlscheine benötigt werden, kopieren und ausfüllen.

Füllen Sie den Wahlschein mit ihren Daten, ausschneiden und 2 Wochen nach Veröffentlichung der Zeitung, wird jeden Montag und Samstag, von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr auf dem Markplatz von Waren, die Vertreter der „Neue Wege Waren“ ihre Wahlscheine einsammeln.

An die Bürger aus den Nachbargemeinden von Waren (Müritz), geben Sie Ihren Bürgermeistern die Chance sich für die Bürger zu positionieren, reichen Sie die Zeitung bei Ihrem Bürgermeister ein.

## Wahlschein

Mein Wille, als Mensch und Bürger der Stadt Waren (Müritz) ist die Amtsenthebung des Bürgermeisters Norbert Möller der Stadt Waren (Müritz) und seiner beiden Stellvertreter Matthias Mahnke und Florian Tornow. Die Funktion des Bürgermeister soll bis zur nächsten Wahl durch Gerhard Wollin und seinem Stellvertreter Reinhard-Günther Kläm erfüllt werden.

Familiename in Blockbuchstaben und einem Leerfeld zwischen den Buchstaben (Sperrschrift), z.B.: M e y e r

Vorname \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

Plz und Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_ April 2022 \_\_\_\_\_

Familiename in Blockbuchstaben und einem Leerfeld zwischen den Buchstaben (Sperrschrift), z.B.: M e y e r

Vorname \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

Plz und Ort \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_ April 2022 \_\_\_\_\_

# Bürgermeister als Kollateralschaden

## - das Kanonenfutter der Landesregierung

**Gehlken, Ronald [Recht] - Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 1**  
**In welchem Rechtskreis bewegen diese sich?**

Da Mecklenburg-Vorpommern aktuell in der Bearbeitung liegt, machen wir mit der Gemeinde Waren an der Müritz weiter. Wie wir im Artikel Preußen-Aktiv 11 nachlesen können, hat die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern am **15. September 1997** ein Konkordat mit der röm. kath. Kirche geschlossen und ein See-Handelsrechtliches Staatswesen gegründet. Das bedeutet, vom 29. September 1990 bis zum 15. September 1997 hatten sie gar nichts, nicht einmal ein Piratenschiff auf hoher See!

Vom 23. Mai 1949 bis zum 29. September 1990 gehörten sie zu der Crew des Piratenschiffes Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet jetzt aber nicht, dass sie ab dem 16. September 1997 ehrbar geworden sind, sie haben seitdem erst ihr eigenes fiktives (erdacht/erdichtet) Piratenschiff. Ansonsten ist es die gleiche Verbrecherbande geblieben seit 1949 nur mit immer wieder wechselnden Kapitänen und Crew-Mitgliedern.

Die Firma Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern ist in den USA, Bundesstaat Delaware angemeldet und registriert, die Firma wird an den Internationalen Börsen als Aktiengesellschaft gehandelt. - So wie alle anderen, angeblichen Bundesländer auch!

- 52% der Aktien ist im Besitz von der Jüdischen Hoch- Freimaurer- Loge **B'nai B'rith**, der auch Israel und Washington DC, der BUND, die Bundesrepublik Deutschland und Millionen andere Firmen gehören. Die verbleibenden 48% befinden sich im Besitz von privaten Aktionären.

Der BUND verwaltet die Firmen in DEUTSCHLAND, die Gesamtverwaltung aller Firmen einschließlich dem BUND unterliegt der Kommunal-Verwaltungs-Industrie Washington DC. Eigentümer **B'nai B'rith** und der Vatikan, der ebenfalls von **B'nai B'rith** kontrolliert wird.

**Jetzt schauen wir einmal, in welchem Rechtskreis die Stadt Waren (Müritz) sich befindet.**



In gar keinem Rechtskreis, alles ist hochgradig kriminell! Die Firma Waren (Müritz) ist in den USA, Delaware - DE - gemeldet als Aktiengesellschaft und wird an den internationalen Börsen gehandelt. Auch hier gehören 52% **B'nai B'rith**, die verbleibenden 48% sind in privaten Händen.

**Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 2**

Gehört die Gemeinde Waren mit ihren Ämtern und Behörden nun auch seit dem 15. September 1997 zur Crew des Piratenschiffes - Mecklenburg-Vorpommern - unter der Kapitänin Manuela Schwesig?

**NEIN!**

**Die Aktiengesellschaft Waren an der Müritz hat nichts aber auch gar nichts mit der Aktiengesellschaft Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern zu tun!**

Das sind 2 völlig verschiedene Aktiengesellschaften. Wenn jemand Mercedes-Aktien hält, kann er doch nicht erwarten, dass er an der Gewinnausschüttung von BMW ebenfalls beteiligt ist. An jeder dieser privaten Aktiengesellschaften hält **B'nai B'rith** 52%, deshalb kooperieren diese privaten Unternehmen miteinander. Als Haupt- Aktionär kann man die Firmen steuern wie man will.

Diese Formeln sind auf alle Städte / Gemeinden / Ämter / Behörden usw... anzuwenden, Gericht, Staatsanwaltschaft, Finanzamt, einfach alle sind als Aktiengesellschaften in Delaware (DE) USA gemeldet und werden durch den Haupt-Aktionär **B'nai B'rith** über den BUND gesteuert.

Durch die Einführung der 5stelligen Post-

leitzahlen 1993 bekamen diese privaten Firmen erst eine Postanschrift und ein Postfach auf der Hauptpost. Ihre Betriebsstätten werden illegal, ohne Eintrag in das Handelsregister und ohne Gewerbeerlaubnis betrieben, die Gemeinde Waren existiert nur in ihrem Postfach und als Anschrift, mehr nicht!

Die Gehälter (Sold) werden den Mitarbeitern aus ihrem eigenem Kollateralvermögen bezahlt durch Treuhandbetrug und Obligationenfälschungen.

Durch den **PERSONAL**ausweis (Zwang) wurde ihnen der Zugang zu den Kollateralen durch die Unterschrift der Inhaber ermöglicht. **MUSTERMANN MAX** ist die Firma, die mit Forderungen belastet werden kann, **M u s t e r m a n n**: Max ist der Mensch = die Unterschrift, mit der die Erlaubnis für den Zugriff auf das Konto erlaubt wird. Von seinem Kollateralvermögen weiß Otto Normalverbraucher gar nichts. Soll er auch nicht, sonst würden die Bürgermeister und ihre Mitarbeiter längst hängen. Über das Kollateralvermögen wird alles bezahlt, es wird bei der Deutschen Bundesbank abgebucht, Steuern, Strom, Rente, selbst Bußgelder und Strafbefehle, KFZ- Steuer usw... Da die **Geldgier** aber **unerschöpflich** ist, haben die ehrbaren Bürgermeister, Landräte, Richter usw. ein zusätzliches Geschäftsmodell entwickelt.

**Im System gibt es nur die Namen in folgender Schreibweise,**  
**M u s t e r m a n n**: Max = Mensch = Unterschrift = nicht zahlungspflichtig.

**MUSTERMANN MAX** = jur. PERSON = Firma = Abbuchung über das Kollateralvermögen.

**Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 3**

**Und dann kommt das Geschäftsmodell,** eine im System nicht bekannte Namensschreibweise, die weder existent ist noch sonst irgendeine Geltung hätte.

Herr/Frau Max Mustermann oder **Max Mustermann** oder Mustermann Max usw... das ist der sogenannte selbst erfundene Strohmännchen. Und dieser Strohmännchen bekommt jetzt einen Steuerbescheid, eine Stromrechnung, einen Strafbefehl, einen Haftbefehl, eine Zwangsversteigerung usw... ins Haus.

Da Otto Normalverbraucher damit gar nicht umgehen kann, bezahlt er oder kommt in die Verzweiflung. **Otto lässt in seiner Unwissenheit alles mit sich machen!** Otto weiß nämlich nicht, dass das gesamte System gar keine lebenden Menschen kennt, die sind für das System unantastbar, das System funktioniert nur im toten Sachenrecht. Würden sie Otto als **MUSTERMANN OTTO** ansprechen, könnte Otto ganz einfach seine Sozialversicherungsnummer auf der Forderung eintragen, schreiben, Zur Zahlung freigegeben, eine Unterschrift leisten und die Forderung wäre erledigt. **MUSTERMANN MAX und**

**M u s t e r m a n n**: Max können nämlich gar keine Schulden haben, alle Forderungen sind bereits aus dem Kollateralvermögen bezahlt worden. Alles was Otto Normalverbraucher auf die Schreibweise Herr Max Mustermann hin bezahlt, stecken die sich als Schwarzgeld ein!

Wie bei den Drogen- Dealern muss dieses Geld dann auch gewaschen werden, bei der Firma Amtsgericht Buxtehude ist das zum Beispiel die Mühlenbäckerei Schmacke, die alle Schwarzgelder für das Amtsgericht wäscht.

Ich habe hier viele Geldwäscher schon gefunden, die für Gerichte usw... Geld waschen!



„Das sind jetzt aber auch Sachen, die man nicht persönlich nehmen sollte“, meinte mal so ein Richterschauspieler zu mir, das ist nur ein Geschäft!

Wenn man Haus und Hof durch solche Betrügereien verliert oder Monatelang ins

Gefängnis geht, ist es nichts Persönliches, es sind nur Geschäfte. Deshalb wird die untere PERSONAL-Ebene auch völlig dumm geschult, damit sie den Unterschied nicht begreifen und schwere Menschenrechtsverbrechen begehen!

**Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 4**

Dann geht man halt mal für eine unbekannte Person in den Knast, dabei verdienen die Verbrecher auch noch viel Geld. Den Aufenthalt im Knast muss Otto Normalverbraucher ebenfalls selbst bezahlen, da werden tatsächlich Monat für Monat 14.000,- € von Ottos Kollateralkonto abgebucht. Otto gibt dafür sogar seine Unterschrift bei der Einlieferung in die Haftanstalt.

Schauen wir uns jetzt aber einmal die Rechtsgrundlagen an, auf deren Basis die Bürgermeister und Landräte arbeiten. Ein fiktives Hochsee- Piratenschiff haben sie nicht, das **Konkordat** fehlt! Da müsste der Vatikan allein in Deutschland rd. 47.000 Konkordate schließen. Bei **Kapitänin Manuela Schwesig** dürfen sie nicht mitfahren! Die Konzerne (AGs) kooperieren nur miteinander!

Einen Eintrag im Deutschen Handelsregister vom deutschen Staat haben sie auch nicht. Sie sind nur in Delaware USA (DE) angemeldet. Eine Gewerbeerlaubnis vom **deutschen Staat** haben sie auch nicht! Nicht einmal in Delaware haben sie eine Gewerbeerlaubnis!

Für welchen Staat arbeiten sie, welcher Staat hat sie legitimiert?

1983 **BVerfGE** - die BRD hat kein Staatsgebiet: Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 mit dem Az: **2 BvF 1/73** und Urteil **BVG U 2 BVR 373/83** von 1987 auf Anfrage 2015 Deutscher Bundestag Auswärtiges Amt/Antwort vom - 30.06.2015. Urteil des **IGH / EuGHfMR** 08. Juni 2006 (Az.: **EGMR 75529/01**)

Unter anderem verkündete der IGH, EuGHfMR, die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet, die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk. Eine Staats-Simulation, wie schon aus unzähligen Gerichtsurteilen bekannt ist.

**Also kein Staat und kein Bundesland vorhanden!**

Da wird es dann schwierig mit der Gesetzeslage! 1982 Das **BVerfGE** zur Staatshaftung: Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichts“ vom 19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149). Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen. **Das gibt nicht einmal eine Staatshaftung!**

**Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 5**

**Also, der Staat fällt schon mal aus!**

1983 **BVerfGE**. **2 BvR 315 / 83** und BGH-Urteil. Es ist **verboten** den **Menschen** als **Objekt / jur. Person** zu behandeln.

Sie dürfen ja nicht einmal mehr ihr kriminelles PERSONEN- Spiel mit uns treiben, sie machen sich wegen Menschenrechtsverbrechen strafbar 1987 **BVerfGE**. **77, 137**: Das deutsche Volk ist seit dem **16.04.1871 Träger des Selbstbestimmungsrechts**.

Das bedeutet ja, alle Deutschen sind voll souverän, sie plündern und berauben voll souveräne Menschen, sie besetzen ihren Grund und Boden. Darauf steht in einem Kriegsgebiet wie Deutschland die Todesstrafe!

1991 (01. Jan) Streichung des **§ 795 BGB** - Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Das bedeutet, sie dürfen keine Verwaltungsakte herausgeben, Steuerforderung, OWiG, Bußgeld, Strafbefehl usw....

Für jeden Verwaltungsakt haftet der Herausgeber persönlich und privat in voller Höhe zuzüglich Schadensersatz! Da die kleinen Mitarbeiter alles herausgeben müssen, haften diese und dürfen sich schon mal von Haus und Hof, Ersparnissen usw. verabschieden. Die Haftung beträgt 100 Jahre, bis in die 3/4 Generation, da zahlen noch die Urenkel.

1. Januar 2000 Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am **06.02.1934**) unter § 1 unter (1 und 2) gab es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Durch Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999 wird diese Verordnung (5) **außer Kraft gesetzt** und tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Alle Mitarbeiter in den Ämtern und Behörden haben ihre Staatsangehörigkeit nach Art. 116 Grundgesetz bereits mit dem 29. September 1990 durch die Löschung des Grundgesetzes Art. 23 Geltungsbereich verloren. Zum 1 Jan 2000 wird die Staatsangehörigkeit nochmals explizit aufgehoben!

**Keine Staatsangehörigkeit mehr, kein Beamter mehr!**

**Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 6**

Damit ist auch die Staatsangehörigkeit - DEUTSCH - in den **Melderegistern** und **PERSONALausweisen** erloschen. - **StAG 1934** in den Grenzen von **1937** - Die **Nazifizierung** durch den Eintrag - **Deutsch** - ist strafbar! Die Städte und Gemeinden dürfen nicht einmal mehr Melderegister führen und auch keine Personalausweise mehr ausstellen.

**Nur noch unter privater persönlicher Haftung zzgl. Schadensersatz.**

**Schauen wir mal die Gesetze an!**

2006. Das **1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht** im Geschäftsbereich des Bundes- Justizministeriums vom **19. April 2006** - **BGBl. I, S. 866** wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am 25 April 2006 in Kraft.

**Aufgehoben** wurde das Bürgerliche Gesetzbuch, (**BGB**) das Strafgesetzbuch, (**StGB**) das Gerichts- Verfassungsgesetz, (**GVG**) die Zivil- Prozess- Ordnung, (**ZPO**) die Straf- Prozess- Ordnung, (**StPO**) Familiengerichtbarkeit, (**FamFG**) usw...

2007. Mit dem 2. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht wurden am **23. November 2007** - **BGBl. I, S. 2614 Nr. 59** dann die Abgaben- Ordnung 1977, (**AO 77**), das Umsatzsteuergesetz, (**UStG**) das Einkommensteuergesetz, (**EStG**) die Finanzgerichts- Ordnung, (**FGO**) das Ordnungswidrigkeiten Gesetz, (**OWiG**) und weitere mit Rechtskraft vom 30. November 2007 aufgehoben und gelöscht.

**3. Bundes- Bereinigungsgesetz 2010**

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010. **Hiermit wurden die gesamten restlichen Rechtslagen aufgehoben.**

**Zum Beispiel auch das Sozial- Versicherungsgesetz. Artikel 108** Aufhebung des Gesetzes über die Sozialversicherung (VIII-25, VIII-34, VIII-35, X-33, X-35, X-2, X-5). Das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 486), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) geändert worden ist, wird aufgehoben.

**Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 7**

**B'nai B'rith** und der **Vatikan** haben ihnen über ihre Firma **UNITED STAATEN of AMERIKA Inc.** in Washington DC sämtliche Gesetzesgrundlagen völlig entzogen! **Wie können die denn da noch Gesetze zur Anwendung bringen?**

Das geht nur noch unter privater, persönlicher Haftung durch den Herausgeber. Hier sollte jeder langsam einmal merken, warum kein Richter, kein Staatsanwalt, kein Finanzbeamter usw... mehr eine Unterschrift nach § 126 BGB wie vorgeschrieben leistet.

**Sie wissen alle über die Haftung Bescheid!**

Fortsetzung Seite 3

# Landesregierung MV hat abzutreten - MdkSP fordern die Regierungsübergabe

## Gelken, Ronald [Die Bundesländer]

- In welchem Rechtskreis bewegen diese sich?

Die Erklärung / Vorlage hier kann auf jedes einzelne Bundesland bezogen werden, überall läuft derselbe Betrug durch Israel / Washington DC, bzw. des Jüdischen Hoch-Freimaurer- Ordens B'nai B'rith, den Eigentümern des BUNDES.

Um die Rechtskreise der Städte und Gemeinden verstehen zu können, muss man erst einmal die Rechtskreise des - BUNDES - (BRiD/BRaD/BRvD/BRD/DEUTSCHLAND/GERMANY) verstehen.

Am 3. Oktober 1990 wurde die Bundesrepublik Deutschland von Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei der UNO abgemeldet und es wurde stattdessen der NAME Deutschland -"Germany" bzw. „BUND“ eingetragen und mit dem Zusatz: „Non-Government Organisation“ versehen. Laut Auskunft der United Nation UN ist der „BUND“, ein **Firmenkonsortium**, das nach Angaben von D&B auch den Namen **Bundesrepublik Deutschland** bzw. Germany führt und als s.g. NGO registriert ist. **NGO (engl.) = Nicht-Regierungs- Organisation!**

**Berlin** hat mit der **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND** rein gar **nichts zu tun**, Berlin steht der BRD aufgrund des Besatzungsstatutes als Ausland gegenüber.

Wie hier sichtbar ist, wurden die privaten Firmenkonsstrukturen bereits gelöscht, diese Auszüge bekommt man nur bei Voll- Auskünften, die Kostenpflichtig sind. Die UPIK-

**Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.**

- BRD als angeblicher Rechtsstaat seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Jurisdiktion, Gesetzgebungen usw. völlig entzogen. Dies erfolgte aber bereits schon mit der Streichung des Geltungsbereiches Art. 23 Grundgesetz, am 17.07.1990 und den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den **Alliierten (ebenfalls B'nai B'rith)** erlassen worden sind. Trotzdem wird immer wieder gewählt, werden immer wieder neue Gesetze erlassen, die von den **BUNDESLÄNDERN** an die völlig rechtlosen Städte, Gemeinden, Ämter- und Behörden zum Vollzug weitergegeben werden. **Partei- Firmen** werden gewählt, SPD / CDU / GRÜNE / AfD usw... alles private Firmen die durch B'nai B'rith weisungsgebunden und in Delaware USA angemeldet sind.

**Nichts hatte jemals Gültigkeit, nicht einmal Geltung für die Bevölkerung!**

Eine Verwaltung BRD nach Art. 133 Grundgesetz konnte nie eine Regierung sein!

## Proklamation Nr. 2 der Militärregierung Deutschland

- Amerikanische Zone - vom 19.09.45 von SHAEF-Oberbefehlshaber Eisenhower: **„Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden“**. Sowie zum Beispiel:

**„BAYERN“**: umfasst ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.“ Aufgrund der Schreibweise - **BAYERN** - nur rein juristisch.

Ohne jegliche staatliche Rechtskraft, die USA sind seit 1871 auch nur noch eine Aktiengesellschaft, sie konnten und durften keinerlei rechtsgültige Änderungen am immer noch bestehendem deutschem Kaiserreich, vornehmen.

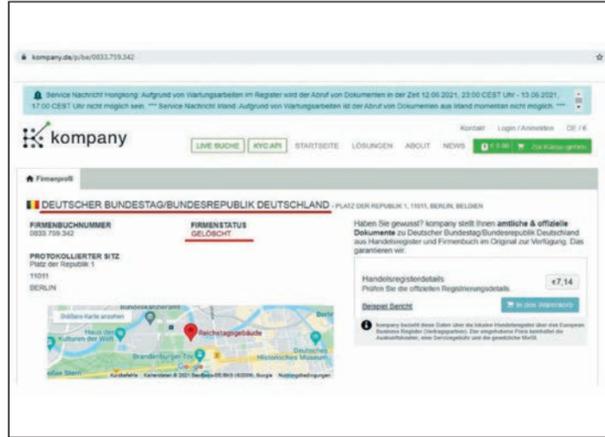
**Eisenhower**, ein Kollaborateur und Hochverräter am amerikanischen Volk, bezahlt von der Jüdischen Banken-Mafia und dem Vatikan, seine Macht ging niemals über die Grenzen des 36 Quadratmeilen großem Vatikanstaates Washington DC hinaus! Hochverrat und Kollaboration, der Vatikanstaat hatte niemals das Recht, für die Vereinigten Staaten von Amerika zu handeln oder in deren Namen Kriege zu führen und fremde Länder zu Okkupieren.

Aber auch Amerika wurde unterwandert und von Hochverrättern besetzt, gesteuert von B'nai B'rith über den Vatikanstaat Washington DC. **Hierdurch ist nachgewiesen, es gibt keine Bundesländer!**

**Mit der Löschung des Art. 23 Geltungsbereich des Grundgesetzes am 17.07.1990 wurden diese Wirtschaftsgebiete / Bundesländer aber ebenfalls aufgelöst.**

Hierzu auch einige Gerichtsurteile: (Private-Firmen-Urteile zum Haftungsausschluss.) 1991 BVerfGE zur Wiedervereinigung:

Fortsetzung auf Seite 11



Auszüge sind kostenfrei, wenn die DUNS- Nr. bekannt ist, muss nur die zur Auskunft eingegeben werden, ansonsten die Bezeichnung und Anschrift. Seit dem 3. Oktober 1990 existiert diese Verwaltung - BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND nach Art. 133 Grundgesetz schon nicht mehr, weil am 17.07.1990 das Grundgesetz durch Streichung des Art. 23 Geltungsbereich ebenfalls gelöscht wurde. Um in der Haftungsfrage ganz sicher zu gehen, haben die Eigentümer dieses Firmenkonsortiums dann mit Datum vom **25.07.2012** über ihre Firma **BUNDES-VERFASSUNGSGERICHT** ein Urteil fällen lassen, welches der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag sämtliche Legitimationen zur Gesetzgebung, Anwendung usw... bis rückwirkend 1956 völlig entzogen wurde.



- Urteil des **BVerfGE** vom 25.07.2012: BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig. Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig. Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

**Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.**

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung.



Es müssen kommissarische Amtsleiter aus den Reihen der souveränen Deutschen / Preußen gewählt und eingesetzt werden, desgleichen gilt für die Bürgermeister und Landräte sowie der Landesregierung. Die gewählten, in diesem Falle Preußen dürfen keiner Partei zugehörig sein, da diese allesamt als private Firmen in den USA, Delaware angemeldet und registriert waren. Auch die Parteien unterstanden der Jüdischen- Hoch- Freimaurer- Loge B'nai B'rith und dem Vatikan. Die Raubzüge durch die jüd. Banken- Mafia, den Vatikan und die kollaborierenden Mitarbeiter müssen beendet werden. Nicht ein einziger Mitarbeiter hat jemals für das Deutsche Volk gearbeitet, ausschließlich nur für seine Herren und sich selbst!

**Sie haben ihr eigenes Volk terrorisiert und ausgeplündert zum Vorteil ihrer jüdischen Herren und dem Vatikan.**

Nach der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Staates Preußen werden öffentliche Wahlen abgehalten und die Plätze werden nach der Verfassung von 1848 / 50 besetzt.

Für die sofortige Umsetzung sind keine öffentlichen Wahlen nötig weil nicht möglich, daher reicht eine kommissarische Übernahme der Gemeinden durch gebürtige Preußen völlig aus.

**In der Notwehr, aus dem Notstand in das gültige Recht der preußischen Verfassung 1850.**



Also eine private Firma im Vereinsrecht / Seerecht, ohne Boden- und Hoheitsrechte.

Alles private Firmen, die durch die **Jüdische Hoch- Freimaurer- Loge B'nai B'rith** installiert wurden und kontrolliert werden. Die Anführer der Loge - Rothschild, Rockefeller, Warburg, Schiff usw. reiben sich schon seit Jahrzehnten ganz verscheelt die Hände.

Um für ihre Raubzüge nicht haften zu müssen werden alle Zahlungen, ob Steuern oder sonstiges, grundsätzlich als **Schenkungen** verbucht. Auch diese Firma gehört zu **B'nai B'rith**, - dort werden Gesetze erlassen, die niemals Gesetze werden können, es sind Geschäftsbedingungen, mehr nicht!

Diese Firmen haben ihren Sitz in **Berlin**,



Fortsetzung von Seite 2  
Urteil des **BVerfGE 1 BvR 1677/15** vom 03.11.2015: Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt! Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.

**Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtsfähig und somit auch nicht prozessfähig.**

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern **ausnahmslos nur schuldfähig!**

Erklärung des Niedersächsischen Justizministers hierzu: **Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht nicht beigetreten.** Gemäß der Erklärung des **Nds. Justizministeriums** in (Dokument 1001 I-202.45) vom 19.01.2017 n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und
- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet.

**Diese Handlungen sind strafbar.**

**Hier wird alles auf den Punkt gebracht, sie dürfen selbst nur als jur. PERSON = tote Sache tätig werden.**

Da es diese aber nicht mehr gibt, siehe 1987 BVerfG. 77, 137: fahren sie die Betrugsschiene mit dem Strohhalm und tragen die voll souveränen Deutschen trotz Verbot als jur. Personen in den Personalausweisen und Meldeblättern ein.

**Sie dürfen also auch keine Gesetze anwenden!**

Alles was wir jetzt noch sehen, sind kriminelle Organisationen die der gewerbsmäßigen Bandenkriminalität nachgehen.

1999 Das Militärregierungsgesetz Nr. 53 (MRG Nr. 53) hat bis heute Gültigkeit (siehe Urteil BGH 5 STR 97/99 - v. 21. April 1999 (LG Berlin))

**Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 8**

Da das MRG noch volle Gültigkeit hat, somit auch die HLKO, haben wir es mit schweren Kriegsverbrechen zu tun!

**Darauf steht die Todesstrafe!**

Auch die Bürgermeister, Landräte und Mitarbeiter im gehobenen Dienst sind aufgefordert, ihr kriminelles Spiel unverzüglich zu beenden.

Die Verwaltungsangestellten im unteren Sektor dürfen bis auf Weiteres bleiben, damit es zu keinem Stillstand in der Rechtspflege nach gültigen Reichs / Preußischen Gesetzen gibt. Bei diesen kriminellen Machenschaften kann auch nicht von Verfassungskonformen Wahlen die Rede sein, zumal das Wahlgesetz am 25.07.2012 bis rückwirkend 1956 aufgehoben und alle Gesetze, Verordnungen, Verträge für null und nichtig erklärt wurden. - Urteil des **BVerfGE** vom 25.07.2012:

# Pathologen setzten in Brandbriefen dem Paul-Ehrlich-Institut kurze Frist, das Impfen unverzüglich zu stoppen

**Fassadenkratzer** - Pathologen setzten in Das für die Impfsicherheit zuständige staatliche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) verharmlost in seinen Sicherheitsberichten permanent die immer mehr im zeitlichen Zusammenhang mit den mRNA-Impfstoffen zutage tretenden schweren Impfnebenwirkungen und Todesfälle und leugnet, bis auf wenige Ausnahmen, einen kausalem Zusammenhang. Darauf ist hier schon eingehend hingewiesen worden. Eingaben von Wissenschaftlern, Journalisten und einer Krankenversicherung haben bisher nichts bewirkt. Nun hat auch der renommierte Pathologe Prof. Arne Burkhardt auf Grund seiner alarmierenden Forschungsergebnisse in zwei Brandbriefen an das PEI einen sofortigen Impf-Stopp gefordert. Doch in obrigkeitstaatlicher Manier hüllt es sich in Schweigen.

Da eine dringende Gefahr für Leib und Leben, ein unmittelbares Todesrisiko sämtlicher Menschen bestehe, die eine mRNA-basierte Injektion erhalten, forderten Prof. Burkhardt und seine Forschungsgruppe im ersten Schreiben vom 16.3.2022, u.a. auch per Fax und E-Mail, das Paul-Ehrlich-Institut auf, sämtliche betroffenen Arzneimittel unverzüglich zurückzurufen und die bedingten Zulassungen auszusetzen. Das Handlungsermessens sei auf Null reduziert.

Sie forderten die verantwortlichen Leiter des PEI, Herrn Prof. Dr. Cichutek und Frau Dr. Keller-Stanislawski, auf, ihnen aufgrund der immensen Gefahr für die öffentliche Gesundheit, Leib und Leben der Menschen kurzfristig bis 18. März 2022 Kopien der erlassenen Bescheide zuzusenden.

Das Schreiben in vollem Wortlaut:

Paul-Ehrlich-Institut  
z.Hd. Herrn Prof. Dr. Cichutek  
Dr. Brigitte Keller-Stanislawski  
Paul-Ehrlich-Straße 51-59  
63225 Langen  
Reutlingen, 16.3.2022

Covid-19-mRNA- und Vektor basierte Arzneimittel Comirnaty, Spikevax, Vaxzevria und Covid-19 Vaccine Janssen – Art. 20 Abs. 4 der Verordnung Nr. 726/2004/EG in Verbindung mit Art. 107i der Richtlinie 2001/83/EG, §§ 62 Abs. 1, 69 Abs. 1 Abs. 1a AMG

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Cichutek,  
sehr geehrte Frau Dr. Keller-Stanislawski,

als zuständige Bundesoberbehörde hat das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemäß § 62 Abs. 1 Satz 1 AMG

„zur Verhütung der unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier, die bei der Anwendung von Arzneimitteln auftretenden Risiken, insbesondere Nebenwirkungen, Wechselwirkungen mit anderen Mittel ... zentral zu erfassen, auszuwerten und die nach diesem Gesetz zu ergreifenden Maßnahmen zu koordinieren.“ (Hervorhebungen durch die Unterzeichner)

Diese Aufgabe wird in § 69 Abs. 1 AMG dahingehend weiter konkretisiert, dass die zuständigen Behörden „die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und die zur Verhinderung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen“ zu treffen haben, insbesondere die Untersagung des Inverkehrbringens von Arzneimitteln oder Wirkstoffen, deren Rückruf und deren Sicherstellung verfügen müssen, wenn dies zur Verhütung einer unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der Gesundheit von Menschen erforderlich ist.

Diese Gefährdung besteht gemäß § 69 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 AMG insbesondere dann, wenn „... der begründete Verdacht besteht, dass das Arzneimittel schädliche Wirkungen hat, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen“.

Da es sich bei den betroffenen Arzneimitteln allesamt um zentral von der Kommission zugelassene Arzneimittel handelt, kommt darüber hinaus § 69 Abs. 1a AMG zur Anwendung.

Dieser berechtigt und verpflichtet das PEI, bei zentral zugelassenen Arzneimitteln die zur Beseitigung festgestellter und zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen zu treffen und das Ruhen der Zulassung sowie den Rückruf des Arzneimittels anzuordnen, wenn dies zum Schutz der Gesundheit von Menschen dringend erforderlich ist. Diese Verpflichtung besteht unverzüglich, bereits vor Unterrichtung der EMA.

In diesem Kontext unterrichten wir Sie über folgende Erkenntnisse:

Wir sind eine international vernetzt forschende Gruppe von Pathologen, Molekularbiologen, Medizinern und Physikern, die seit Beginn der Pandemie vor inzwischen zwei Jahren wissenschaftlich zusammenarbeitet. Im Rahmen von Obduktionen von 40 im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung verstorbenen Patienten (in unterschiedlichen Stadien der Auswertung) und Untersuchungen histologischer Proben von Lebenden kamen wir zu folgender Erkenntnis:

In allen Organgeweben u.a. Gefäßsystem, Herz und Gehirn von Menschen, die in zeitlichem Zusammenhang mit der „Impfung“ gegen SARS-CoV-2 plötzlich, überwiegend nicht im Krankenhaus und ohne Therapie verstorben sind, zeigen sich übereinstimmend Schäden, wie sie sonst bei toxischen Einwirkungen beobachtet werden und von ungewöhnlichen Entzündungsreaktionen als Beweis eines intravitales Schadens begleitet werden. Die einzelnen erhobenen histologischen Befunde sind im Anhang (jeweils mit Angabe der Häufigkeit in Klammern) zusammengestellt. Sie sind insbesondere in ihrer Kombination sehr ungewöhnlich bzw. im Einzelnen noch nicht beobachtet worden.

In diesen Läsionen und den begleitenden entzündlichen Bereichen, vor allem an Blutgefäßen, ist mit Hilfe der hochspezifischen Immunhistochemie eine deutliche Expression von Spike-Protein nachweisbar. Dieses stammt nachweislich von der „Impfung“ und nicht von einer Infektion durch das Virus SARS-CoV-2. Zur sicheren Zuordnung der Herkunft des gefundenen Spike-Proteins wurde ein Antikörper verwendet, der spezifisch gegen die Untereinheit 1 des Spike SARS-CoV-2 Wuhan-Variante hergestellt wurde, die Basis der Impfungen ist. Parallel dazu wurde eine Färbung für das Nukleokapsid von SARS-CoV-2 durchgeführt, welche im positiven Fall das komplette Virus anzeigen würde. Dieses wurde in den beschriebenen Geweben jedoch nicht gefunden.

Schlussfolgerung:

Wenn die Läsionen im Gewebe von einer Infektion mit einem SARS-CoV-2 Virus stammen würden, müssten alle Komponenten des Virus nachweisbar sein, hier entsprechend neben dem Spike-Protein auch das Nukleokapsid-Protein.

Wenn ausschließlich das Spike-Protein ohne Nukleokapsid nachweisbar ist, kann dieses nur von der Injektion mit den betreffenden Arzneimitteln stammen, welche körpereigene Zellen mittels mRNA zur massiven Produktion der Spike-Proteine anregt.

Hieraus ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Impf-induzierte „Spike-Produktion“ im menschlichen Körper nicht ausschließlich an der Injektionsstelle im Muskel stattfindet, sondern die Spike-Produktion in sämtlichen Zellen und Organen stattfinden kann, zumindest bei bestimmten Erkrankungen selbst im Gehirn. Mit letzterem wäre auch nachgewiesen, dass der Wirkstoff in den Impfstoffen die Blut-Hirn-Schranke grundsätzlich überwinden kann. Die Expression des Spike-Proteins führt zu gravierenden Entzündungsreaktionen in den betroffenen Organgeweben bis hin zum Tod.

Es besteht unzweifelhaft eine dringende Gefahr für Leib und Leben sämtlicher Menschen, denen die Injektionen – insbesondere im Rahmen der Impf- und Nachweispflicht – verabreicht werden, wenn die mRNA- und Vektor basierten Impfstoffe weiterhin in Verkehr gebracht werden. Es besteht unmittelbares Todesrisiko.

Sämtliche im Betreff genannten Arzneimittel sind daher unverzüglich zurückzurufen

und die bedingten Zulassungen auszusetzen. Das Handlungsermessens ist auf Null reduziert.

Wir fordern Sie daher auf, in Bezug auf alle Messenger-RNA bzw Pro-MRNA basierenden Arzneimittel (sog. Impfstoffe), die eine Synthese von Spikeproteinen in Körperzellen induzieren, insbesondere für:

- Comirnaty
- Spikevax
- Vaxzevria und
- Covid-19 Vaccine Janssen

unverzüglich den Rückruf der betreffenden in Verkehr befindlichen Arzneimittel, unverzüglich das Ruhen der betreffenden Zulassungen der Arzneimittel anzuordnen, uns zu Händen des Unterzeichners bis spätestens zum

18. März 2022

eine Kopie der zu Ziff. 1 und 2. Erlassenen Bescheide zu übersenden.

Die Ihnen gesetzte Frist ist aufgrund der immensen Gefahr für die öffentliche Gesundheit, Leib und Leben der Menschen, kurz zu bemessen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Namen der Forschungsgruppe  
(Unterschrift)

Prof. Dr. med. Arne Burkhardt  
Ordentlicher Professor für Pathologie der Universität Hamburg (1979) und Tübingen (1991)  
Emeritierter Extraordinarius für allgemeine und spezielle Pathologie der Universität Bern (Schweiz)  
Niedergelassener Pathologe, zeitweise in Kooperation mit überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaften und eigenem Institut seit 2008.

Pathologiepraxis und Labor  
Obere Wässere 3-7  
72764 Reutlingen

Original mit Anlagen:  
[https://www.mwgfd.de/wp-content/uploads/2022/03/Prof\\_Burkhardt\\_an\\_PEI\\_16Mrz22.pdf#page=1&zoom=auto,843,612](https://www.mwgfd.de/wp-content/uploads/2022/03/Prof_Burkhardt_an_PEI_16Mrz22.pdf#page=1&zoom=auto,843,612)

**Doch das Paul-Ehrlich-Institut reagiert nicht.**

Wie ernst es Prof. Burkhardt und seinen Kollegen ist, zeigt, dass er am 24. 3. 2022 erneut an das PEI schrieb und eindringlich ihnen mitzuteilen bat, welche Maßnahmen sie ergriffen hätten, um die Gefahr für Leib und Leben, die von dem mRNA- und Vektor-basierten COVID-19 Impfstoffen ausgehe, abzuwenden.

**Schreiben vom 24.3.2022:**

Paul-Ehrlich-Institut  
z.Hd. Herrn Prof. Dr. Cichutek  
Dr. Brigitte Keller-Stanislawski  
Paul-Ehrlich-Straße 51-59  
63225 Langen

24.3.2022

Covid-19-mRNA- und Vektor basierte Arzneimittel Comirnaty, Spikevax, Vaxzevria und Covid-19 Vaccine Janssen – Art. 20 Abs. 4 der Verordnung Nr. 726/2004/EG in Verbindung mit Art. 107i der Richtlinie 2001/83/EG, §§ 62 Abs. 1, 69 Abs. 1 Abs. 1a AMG

hier: Rückfrage und ergänzender Aspekt zu unserem Schreiben vom 16.3.2022

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Cichutek,  
sehr geehrte Frau Dr. Keller-Stanislawski,

unter Bezug auf unser an Sie gerichtetes Schreiben vom 16.3.2022 möchten wir Sie bitten uns mitzuteilen, welche Maßnahmen das PEI ergriffen hat, um die Gefahr für Leib und Leben, die von den mRNA- und Vektor basierten COVID-19 Impfstoffen ausgeht, abzuwenden.

Unsere pathologischen Untersuchungen ergaben unzweifelhaft, dass die Impf-induzierte „Spike-Produktion“ im menschlichen Körper nicht ausschließlich an der Injektionsstelle im Muskel stattfindet, sondern die

Spike-Produktion in sämtlichen Zellen und Organen stattfinden kann, selbst im Gehirn. Die Expression des Spike-Proteins führt zu gravierenden Entzündungsreaktionen in den betroffenen Organgeweben bis hin zum Tod.

**Es besteht unmittelbares Todesrisiko.**

Ergänzend zu unserem Schreiben vom 16.3.22 möchten wir auf einen weiteren Aspekt hinweisen: Die in pathologischen Untersuchungen neben den Endothelschäden vermehrt festgestellten Thrombosen, insbesondere Sinusvenenthrombosen nebst Einblutungen im Gehirn begründen den dringenden Verdacht, dass dem durch mRNA- und Vektor basierte Covid-19 Impfstoffe ausgelösten Geschehen eine unkontrollierte Immunreaktion unabhängig von der applizierten Substanz zugrunde liegt. Dies unterstreicht, dass dringender Handlungsbedarf im Sinne unseres Schreibens vom 16.3.2022 gegeben ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Namen der Forschungsgruppe  
(Unterschrift)

Prof. Dr. med. Arne Burkhardt  
Ordentlicher Professor für Pathologie der Universität Hamburg (1979) und Tübingen (1991)  
Emeritierter Extraordinarius für allgemeine und spezielle Pathologie der Universität Bern (Schweiz)  
Niedergelassener Pathologe, zeitweise in Kooperation mit überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaften und eigenem Institut seit 2008.

Das zweite Schreiben im Original:  
[https://www.mwgfd.de/wp-content/uploads/2022/03/Prof\\_Burkhardt\\_an\\_PEI\\_24Mrz22.pdf](https://www.mwgfd.de/wp-content/uploads/2022/03/Prof_Burkhardt_an_PEI_24Mrz22.pdf)

**Bis heute sei wiederum keine Antwort erfolgt.**

Dies teilt die Gesellschaft der „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V.“ (MWGFD) mit, die diesen Vorgang dokumentiert hat. Das Ganze zeigt, dass wir es nicht mit einem rechenschaftspflichtigen Institut in einer Demokratie zu tun haben, sondern mit einem staatlichen Institut in einem Obrigkeitsstaat, der in eine totalitäre, diktatorische Oligarchie übergegangen ist. Die Macht geht in ihrer Arroganz nicht auf Dinge ein, die ihr gefährlich werden könnten.

Wichtiges Video

Zugleich enthält die Mitteilung ein höchst informatives Video, in dem Dr. Ronald Weikl, Arzt und stellv. Vorsitzender der MWGFD e.V., mit Prof. Dr. Arne Burkhardt und der auf Arzneimittelrecht spezialisierten Rechtsanwältin Dr. Brigitte Röhrig über die Vorgänge spricht.

Im weiteren Gespräch werden die wichtigsten Argumente gegen eine Impfpflicht diskutiert, Aufklärungsaktionen von anderen Gruppen vorgestellt und dabei auch der Wunsch geäußert, diese Schreiben mögen alle zur „Pflichtlektüre“ für Bundestagsabgeordnete vor der Abstimmung über eine Impfpflicht erklärt werden. Prof. Burkhardt lädt alle Abgeordnete des Deutschen Bundestages ein, sich von seinen alarmierenden Forschungsergebnissen über die toxischen Wirkungen der Covid-Impfstoffe persönlich zu überzeugen:

„Ich fordere alle Ärzte im Bundestag auf, zu mir zu kommen und sich die Präparate anzuschauen, insbesondere Herrn Lauterbach... (...) und die, die keine Ärzte sind, bitte bringt einen Pathologen Eures Vertrauens mit! Ich werde allen am Doppelmikroskop, oder wenn es mehrere sind, in der Projektion, die Originalpräparate zeigen!“

Prof. Arne Burkhardt zum Thema „Politik- und Konzern-konforme Wissenschaft“:  
„Man spricht so viel davon, dass im Krieg das erste Opfer die Wahrheit ist. Und ich kann nur sagen: Das erste Opfer in der Pandemie ist die Wissenschaft.“

Hier der Link zum Video und weiteren Unterlagen: <https://www.mwgfd.de/2022/03/burkhardt-roehrig-weikl-pflichtlektuere-fuer-bundestagsabgeordnete-vor-impfpflicht-abstimmung/>

# Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Provokation des Kiewer Regimes in Butscha

**Russische Botschaft in Deutschland** - Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation dementiert Anschuldigungen des Kiewer Regimes wegen angeblicher Tötungen von Zivilisten in Butscha (Region Kiew). Bei allen vom Kiewer Regime veröffentlichten Foto- und Videoaufnahmen, die angebliche „Verbrechen“ russischer Soldaten in Butscha (Region Kiew) beweisen sollen, handelt es sich um eine weitere Provokation. Während die Stadt unter Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, war kein einziger Einwohner von jeglicher Misshandlung betroffen. Russische Soldaten brachten und teilten 452 Tonnen humanitäre Hilfe an die Zivilbevölkerung in der Region Kiew aus. Während die Stadt unter Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, erst recht danach und bis zum heutigen Tag konnten sich die Einwohner von Butscha frei in der Stadt bewegen und den Mobilfunk nutzen.

Die Ausfahrten aus Butscha wurden nicht blockiert. Alle Einwohner konnten die Stadt frei Richtung Norden, auch Richtung Republik Belarus verlassen. Gleichzeitig wurden die südlichen Stadtteile, darunter auch Wohngebiete, rund um die Uhr von ukrainischen Truppen aus großkalibriger Artillerie, Panzern und Mehrfachraketenwerfern beschossen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass alle russischen Truppen sich bereits am 30. März, am Tag nach den Präsenzgesprächen Russlands und der Ukraine in der Türkei, aus Butscha komplett zurückgezogen haben.

Am 31. März wurde zudem vom Bürgermeister von Butscha Anatoly Fedoruk in einer Videobotschaft bestätigt, dass sich keine russischen Truppen in der Stadt aufhielten. Dass Leichen von erschossenen Einheimischen mit zusammengebundenen Händen auf der Straße liegen würden, wurde von ihm jedoch keinesfalls angesprochen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass alle so genannten „Beweise für Kriegs-



verbrechen“ in Butscha erst am 4. Tag auftauchten, als Beamte des ukrainischen Sicherheitsdienstes und ukrainische TV-Medien in der Stadt eintrafen.

Besonders besorgniserregend ist es, dass alle Leichen, deren Bilder vom Kiewer Regime veröffentlicht wurden, nach mindestens vier Tagen nicht erstarrten, keine charakteristischen Leichenflecke hatten und in den Wunden nicht geronnenes Blut aufwies. All das bestätigt unwiderlegbar, dass es sich bei den Foto- und Videoaufnahmen aus Butscha um eine weitere Inszenierung des Kiewer Regimes für westliche Medien handelt, so wie es auch mit der Geburtsklinik in Mariupol und in anderen Städten der Fall war.

**Russische Botschaft in Deutschland** - Erklärung des Außenministeriums der Russischen Föderation zum Angriff der ukrainischen Seite auf Kramatorsk Am 8. April haben

ukrainische bewaffnete Einheiten ein weiteres Kriegsverbrechen begangen. Mit der taktischen Totschka-U-Rakete wurde der Bahnhof der von Kiew kontrollierten Stadt Kramatorsk getroffen. Gemeldet werden Dutzende Tote und über hundert Verletzte. Den Angehörigen der Opfer sprechen wir unser tief empfundenes Beileid aus. Eine ähnlich barbarische Aggression war von den ukrainischen Streitkräften am 14. März begangen worden, als mit der gleichen Totschka-U-Rakete die Stadtmitte von Donezk getroffen worden war, die 17 Tote und 36 Verletzte gefordert hatte. In beiden Fällen wurde das Angriffsziel nicht von ungefähr ausgewählt. Denn das Kiewer Regime strebt ein Maximum an Opfern unter Zivilisten an. In den vergangenen acht Jahren ist die Tötung von Zivilisten im Donbass zur gängigen Übung der ukrainischen bewaffneten Einheiten geworden. Während Kiew die zivile Bevölkerung kaltblütig und zynisch vernichtet, versucht es der russischen Seite die Verantwortung dafür zuzuschreiben, um die militärische spezielle Operation zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu diskreditieren. Die Beweise für die Schuld der ukrainischen Streitkräfte liegen auf der Hand. Denn sie sind es, die mit den Totschka-U-Raketen ausgerüstet sind und diese zum Einsatz kommen lassen. Derartige unmenschliche Handlungen des Kiewer Regimes bekräftigen, dass die Aufgaben der militärischen Spezialoperation zur Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine gerechtfertigt sind. Wir sind sicher, dass die Kiewer Regierung der Strafe nicht entkommen kann. Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, die Verbrechen der ukrainischen Einheiten objektiv zu beurteilen, keine Waffen mehr an sie zu liefern und Kiew zum Verzicht auf die unzulässigen Kriegsführungsvorfahren zu bewegen.

## Das BRD-Regime versteckt im Propagandasumpf den Abriß der BRD

**JB [Politik]** - Es verschlägt einem die Sprache, wenn der „Wirtschaftsminister“ Habeck sich zu den Vorgängen in der Ukraine äußert, eine Fiktion jagt die nächste, um dann völlig zu überziehen und „scharfe“ Sanktionen anzukündigen, die Russlands Wirtschaft empfindlich treffen sollen. Vollends ist die Scharade, wenn im Gespräch mit erwachsenen Menschen festgestellt wird dass diese tatsächlich die Propaganda des BRD-Regime glauben. Auf die vorsichtige Nachfrage, ob die katastrophale Energiepolitik, die kriminelle Einwanderungspolitik und die Maßnahmen zur De-Industrialisierung nicht eventuell für den rasanten Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft verantwortlich seien könnten, (wobei die fiktive Pandemie den Rahmen für die rechtswidrige Politik liefert) wird mit einem hektischen Augenaufschlag „Bist Du ein Rechter?“ zum einzigen Argument und Antwort, weil ab da, nur emotionales Gebrabbel ertönt. Ich würde ja noch gerne hinzufügen, dass die verhängten Sanktionen Russlands Wirtschaft ungefähr „Null“ tangieren, da bei einem schrumpfenden Bildungsniveau die Größenverhältnisse zwischen der BRD (Deutschland) und Russland als gleich groß betrachtet werden, um dann noch den bereits installierten neuen Wirtschaftsverbund



nicht erkennen zu können, der mit einer eigenen Währung und Finanzsystem völlig unabhängig vom Westen agiert bzw. nicht abhängig ist. Wobei der Westen speziell die BRD (Deutschland) ohne russisches Gas einfach zusammenklappt. „Deutschland darf laut Habeck nicht zum Angriffsziel von Russland werden. Die Bundesregierung treffe laut Wirtschaftsminister Habeck momentan sehr genau Abwä-

gungen, „größeres Übel zu verhindern“. Quelle: Welt

Das ist keine Satire; Habeck hat schon geäußert, dass wir uns in einem „Wirtschaftskrieg“ befinden, was de facto einen falschen Terminus darstellt. Denn das BRD-Regime liefert Waffen ins Krisengebiet an den russischen Gegner, stellt finanzielle Hilfe, sanktioniert Russland und hat eigenes aktives Militärpersonal - zumindest bei Start der militärischen Operation - hektisch außer Landes gebracht. Das war der Chef des BND Bruno Karl, der bei dem geplanten Erstschiß durch die Ukraine auf die Gebiete Donezk und Lugansk etwas überrascht wurde, als die russischen Streitkräfte eher zuschlugen und den Angriff verhinderten, so dass der BND-Chef im Krisengebiet eingeschlossen war.

Das nennt man aktive Kriegsbeteiligung: die BRD (Deutschland) hat Russland den Krieg erklärt! - Auch wenn es vielen schwer fällt dies wahrzunehmen: sie unterliegen einer Feindbildmanipulation. Was das ist? Nehmen sie aus ihren Vorstellungen alle vorgesetzten russischen Propaganda-Greul raus und schauen was übrig bleibt. Genau, eine verkorkste Politik des BRD-Regimes. Und das haben die ganz ohne russische Hilfe hinbekommen.

## SAG: Die legale Enteignung per Gesetz

- Das „Abschiedsgeschenk“ des BRD-Regime

**Institut Schweizer Finanzdienstleistungen [Wirtschaft]** -

Banken schneiden schlechter eines der wichtigsten Gesetze der letzten Jahre zur Stabilisierung der Banken in ganz Europa nennt sich „Sanierungs- und Abwicklungsgesetz“ (SAG). Der Name ist Programm, denn das Gesetz regelt die Sanierung, ggf. auch Abwicklung und Auflösung von Banken mittels Einsatz von Kundengeldern. Das Gesetz ist das Spiegelbild zu den regelmäßigen Aussagen unserer Bundeskanzlerin, dass „nie mehr“ Steuergelder zur Rettung von Banken eingesetzt werden sollen. Dafür werden zur Kostendeckung zukünftig Kundengelder herangezogen.

AG betrifft Bankkunden, die sich in Sicherheit wiegen mit beispielsweise Beträgen über EUR 100.000,- auf Sparkonten, Festgelder oder Konto-

guthaben und meinen, das Richtige zu tun. Durch dieses Gesetz werden sie aber enteignet, ohne rechtliche Mittel dagegen einlegen zu können. Die Beträge können einfach eingezogen werden – ein Widerspruchsverfahren ist ausgeschlossen.

Unter § 5 des SAG ist dazu festgehalten, dass alle sog. Funktionsträger über das Abwicklungsverfahren des Gesetzes Stillschweigen zu bewahren haben. Deshalb hören Sie auch nichts über dieses Gesetz. Davon betroffen sind alle Kontoguthaben (Sparbücher, Giroguthaben, Fest- und Tagesgelder, Sparverträge sowie auch vermögenswirksame Leistungen).

Gemäß EU-Regeln sind alle Bankguthaben bis zu EUR 100.000,- gesetzlich garantiert. Dahinter steht die deutsche Einlagensicherung. Sollte es aber zum Schwur kommen, wird man feststel-

len, dass auch hier nur ein Bruchteil der Beträge für alle Banken zusammen überhaupt zur Verfügung steht – das sind derzeit rund 0,4% (Kommentar überflüssig).

Das bedeutet: Für einen Betrag von EUR 100.000,- stehen ca. EUR 400,- als Deckung zur Verfügung. Da es eher unwahrscheinlich ist, dass für die betroffenen Banken sämtliche Beträge auf einmal benötigt werden, ist dies vielleicht ein nicht ganz fairer Vergleich. Es zeigt aber, wie endlich die Rettung der betroffenen Sparer ist. Für Rettung einer einzigen Großbank wären in diesem Fall höchstens ca. 10% bis 20% der benötigten Mittel vorhanden. Auch die immer wieder von Finanzminister Olaf Scholz ins Gespräch gebrachte Europäisierung mit Hilfe der Europäischen Einlagensicherung (EDIS), bringt für deutsche Sparer keine

Rettung sondern noch mehr Ungemach. Dahinter verbirgt sich ein Einlagensicherungssystem für die gesamte Eurozone, das nationale Einlagensicherungssysteme wie in Deutschland ablösen soll. Bei Licht betrachtet haben heute bereits zahlreiche Banken in Südeuropa enorme Probleme und stehen de facto kurz vor einer Insolvenz. Ohne die massiven Interventionen der EZB durch Anleihekäufe gäbe es bei den betroffenen südeuropäischen Banken längst nichts mehr zu holen. Per Saldo ist also zu befürchten, dass in Folge von EDIS nordeuropäische Banken für die südeuropäischen Institute gerade stehen müssten. Diese als äußerst solidarisch gepriesene zukünftige EDIS ist daher ein noch größeres Risiko für deutsche Sparer. Es ist ein systematischer (desaströser) Griff in die deutsche Einlagensicherung.



**IMPRESSUM**

VOLLDRAHT ist eine neue Form der deutschen Presse. Verantwortlich zeichnet

**Volldraht**

Redaktion

B a u m a n n, Jörn  
Postfach 1150  
18461 Güstrow  
0176-32883575  
info@volldraht.de  
www.volldraht.de

Inhaberin:

T i m m, Janet  
Gleviner Straße 29  
18273 Güstrow

VOLLDRAHT® ist eine eingetragene Wortmarke

## Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung



*„Preußen wappnet euch, die Pflicht ruft.  
Laßt die Kaiser und Könige ruhen,  
die Menschen leiten ihr Geschick ohne die  
Sippschaft der Habsburger Lippe und Gesin-  
de aus deren Zucht.*

*Nimmt den Platz des Bürgermeisters ein  
und bereitet die Gemeinden vor,  
der souveräne Staat Preußen wird als Phö-  
nix erwachen.*

*Erst die Gemeinden in der Proklamation  
der Verfassung 1850, dann im Land, eure  
Heimat, um dann als souveräner Staat für  
uns alle, seinen Platz wieder einzunehmen.*

*Laßt uns vorbereiten, ein Fest wie es lan-  
ge nicht gesehen, ladet die wahren Freunde  
und Begleiter ein, die noch  
wachen in der rauhen See, bietet Speis und  
Trank und laßt uns gemeinsam  
streiten gegen den dunklen Feind,  
treibt ihn in den Sumpf und dort soll er ver-  
rotten.*

*Kein Zögern oder Zaudern soll  
verhindern das Fest, in dem das Licht des  
klaren Tages scheint, das Lachen der Kinder  
unsere Herzen erwärmt und  
Weiber wieder Männer erkennen können. Es  
ist an der Zeit Neues zu schaffen,  
besser zu sein wie je zuvor, immer auf der  
Hut vor dem Narzismus, dem  
Egoismus der alten Zeit.*

*Bringt euch ein und laßt uns beginnen, die  
neue Zeit.“*

Ihr glaubt der Genozid durch die  
Gen-Spritze wird das Schlimmste sein, was  
euch passieren konnte. Wartet ab, wenn der  
Dreck des Pädophilen-Sumpf euch vor

Augen geführt wird, so das Ihr nicht mehr  
wegschauen könnt. Die politischen Mandats-  
träger pissen sich ein, im Wissen ihres Ver-  
brechens und die Wenigen die aufstehen und  
Rechenschaft verlangen, die werden durch  
die Wohlstandssklaven bekämpft und igno-  
riert.

Seht was euch erwartet, eure Feigheit wird  
euer Ende sein.

jb/Redakteur

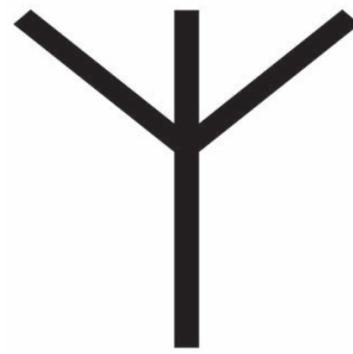
Jörn Baumann, Mitglied des kommissa-  
rischen Staatsrats Preußen (MdkSP),  
Hamburg 1962, Preuße, verwurzelt  
in Mecklenburg, verheiratet, Vater von  
5 Kindern, Karosseriebau, Baubudenrülps,  
Anlagenbauer, Thermodynamiker, Entwick-  
ler in der bakteriologischen Prophylaxe von  
Trinkwasser- und Ultrafiltrationssystemen,

Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung,  
unbequem, direkt, wurde zum Schreiben  
getrieben - es war kein anderer da, der den  
Job machen wollte. Rechtschaffend, parteilos,  
Visionär, Rationalist, Fan vom Team Russland  
Putin/Lawrow.

Wut in kanalisierter Form des Schreibens,  
ist das Schwert der Freiheit.

**Die Redaktion distanziert  
sich von den Meinungen,  
Ansichten und dem Inhalt  
des Kolumisten.  
Wir drucken es trotzdem!**

„Z“  
ist wie



**Nennt es „WIR“!**

**Für jeden Langsamdenker, dem beim  
lesen von VOLLDRAHT der Schlag trifft,  
singen die Engel im Himmel.**

**Wo VOLLDRAHT steht ist vorn, alles  
andere ist Propaganda.**

**Wo stehst Du?**



**LIFEHACK**



Wenn ihr nun auf Gesichtsverweigerer trefft,  
sei es z. B. beim Einkaufen,  
und ihr werdet in irgendeiner Art & Weise  
angesprochen, so antwortet einfach mit:

**Määäääh...**  
... und macht weiter euer Ding.

Dies wiederholt ihr, sollte das Schaf erneut versuchen  
mit euch Kontakt aufzunehmen.

# Nach "Plusminus"-Beitrag über Impf-Nebenwirkungen - Realitätsschock bei der ARD

**Wochenblick-[Gesundheit]** - Vorletzte Woche strahlte das ARD-Magazin „Plusminus“ einen Beitrag aus, in dem das Thema zumindest offen angesprochen wurde. Natürlich sah man sich auch dort prophylaktisch zu der – objektiv falschen – Feststellung gezwungen: „Impfschäden nach einer Corona-Impfung sind selten, aber es gibt sie“; eine angesichts der im Vergleich zu allen anderen bisherigen Impfstoffen astronomischen Zahl an Verdachts- und Realfällen von Impfnebenwirkungen bei den Covid-Vakzinen geradezu abstruse Verharmlosung. Ein Beitrag von Alexander Schwarz erschien auf Ansa! Dennoch wurde, zumindest für öffentlich-rechtliche Verhältnisse, in beachtlicher Offenheit überhaupt über das Thema berichtet – für ein Publikum, das ansonsten in ähnlicher Weise über den vermeintlichen Nutzen der Impfungen informiert wird, wie die deutschen „Wochenschau“-Zuschauer im 2. Weltkrieg über die unumstößliche Gewissheit des bevorstehenden Endsiegs. Spezialambulanz für Impfschäden eingerichtet Aber dann: „Muskelkrämpfe, Taubheitsgefühle, Herzrhythmusstörungen, Nervenschmerzen – das sind nur einige der vielen Symptome, unter denen manche Menschen noch viele Monate nach der Corona-Impfung leiden“, hieß es in der „Plusminus“-Sendung vom 23. März. Die Ursachen dafür seien angeblich „noch nicht erforscht“. Und es wird sogar offen zugestanden, dass die Betroffenen „im öffentlichen Diskurs“ nicht vorkämen. Hierzu ist zunächst festzuhalten, dass die Impfschäden keineswegs selten sind: Die Universitätsklinik Marburg sah sich nun sogar zur Einrichtung einer Spezialambulanz für solche Fälle veranlasst. Auch Praktiker wie der Berliner Arzt Dr. Erich Freisleben (Wochenblick berichtete) erzählen von einem regelrechten Ansturm von Patienten, die von teils erheblichen Folgen der Impfungen betroffen sind, wobei Freisleben bislang 96 Nebenwirkungen gezählt hat. Nicht nur er führt dies auf die völlig überbereitete

Entwicklung der Impfstoffe zurück. Über 200 Kommentare: ARD schließt Kommentarbereich „aus technischen Gründen“ Schon damit wäre also die Behauptung von „Plusminus“ über die angeblich unbekannt Ursachen der Nebenwirkungen nicht mehr haltbar – zumal man diese Möglichkeit nicht einmal als Vermutung andeutet. Doch darauf kam es gar nicht mehr an: Wovon die ARD-Redakteure nämlich selbst mehr als erschrocken gewesen sein dürften, war die unmittelbar nach Ausstrahlung des Beitrags von ihnen ganz offensichtlich unterschätzte Wucht des öffentlichen Backlashs: Wie riesengroß nämlich das von den Staatsmedien totgeschwiegene oder kleingeredete Problem der Impfnebenwirkungen ist, bewies die Tatsache, dass sich die Kommentarspalte der Sendung binnen kurzer Zeit mit unzähligen Beiträgen füllte, in denen Betroffene teils detailliert von den Leiden berichten, die sie oder nahe Angehörige infolge der Impfungen davongetragen hätten. Der Strom wollte nicht abebben. Als die Zahl von 200 Kommentaren (und geschilderten Einzelschicksalen über die tatsächlichen Auswirkungen der so segensreichen Impfung) erreicht war, zog die verunsicherte Redaktion die Reißleine – und schloss den Kommentarbereich. Anscheinend wollte man hausintern keinen Ärger bekommen. Offiziell hieß es, die Kommentare seien „aus technischen Gründen“ vorübergehend nicht mehr sichtbar. Natürlich – „web don't forget nothing“ – wurde der brisante Inhalt rechtzeitig gesichert, und kritische Medien berichteten sogleich darüber. Als PDF-File umfasst die erschütternde Liste von Schmerzen und Ängsten nicht weniger als 80 Seiten. Das, was darin – bis zur Offlinenahme für jedermann – nachzulesen war, deckt sich vollumfänglich mit den seit langem erwiesenen, typischen Krankheitsbildern, die sich als keinesfalls seltene Begleiterscheinung der Covid-Experimentalimpfungen vervielfacht hatten.

# „Die zweite „Corona Lage AUF1“



<https://volldraht.de/media/yendifvideoshare/videos/803/SPECIAL%20Univ.-Doz.%20Dr.%20MSc.%20Hannes%20Strasser%20-%20Kopie624ec386a85d2.mp4?sd>

**AUF1-[Gesundheit]** - **Neueste, erdrückende Beweislage: Covid-Impfung brandgefährlich**  
Auf1 Interview mit Univ.-Doz. Dr. Hannes Strasser  
„Die zweite „Corona Lage AUF1“ mit den beiden Experten: Univ.-Doz. Dr. Hannes Strasser ist Impfarzt, Notarzt und Urologe. Mag. Gerald Hauser ist Abgeordneter zum österreichischen Parlament. Wie Kriminalisten sind sie in die Materie „Corona“ und „Impfung“ vertieft und können anhand zahlreicher aktueller Fakten nachweisen: Die Covid-19-Impfung rettet uns nicht vor Corona, vielmehr kommt eine massive und furchtbare Welle von Nebenwirkungen und schweren Krankheiten auf uns zu! Weitere Themen: Haftung der Verantwortlichen, Exzesse bei Ärzteschaft und im Parlament, Pharma-Lobby und Great Reset.“

# Corona- Datenanalyse

<https://t.me/AnalyseSterbedatenDeutschland/333>

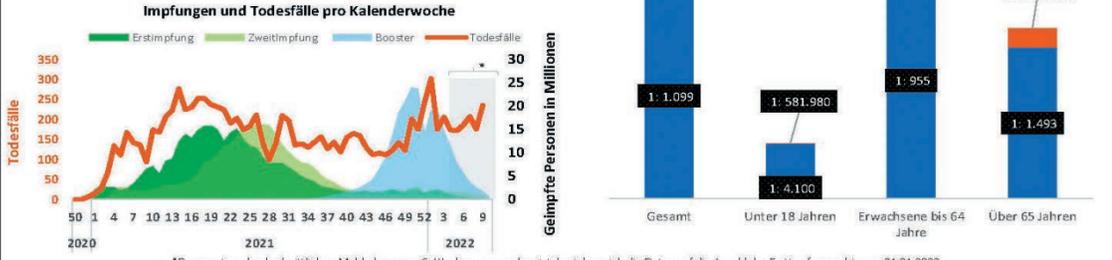
## Todesfälle und schwerwiegende Nebenwirkungen nach Covid-19-Impfungen in Europa

Die vorliegende Auswertung zeigt Verdachtsmeldungen von Covid-19-Impfreaktionen für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Die Meldungen werden von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) in der frei zugänglichen EudraVigilance-Datenbank veröffentlicht [1]. Die Fallmeldungen erfolgen freiwillig und unterliegen mutmaßlich einer starken Untererfassung [2]. Erläuterungen und Detailbericht unter [3]. Die Daten der Impfung sind von European Centre for Disease Prevention and Control [4][5]. Datenstand ist der 04.03.2022.

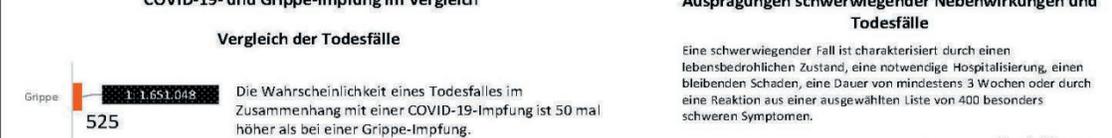
In der gesamten EudraVigilance-Datenbank sind 1.576.710 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen gemeldet. 23.078 Menschen sind an oder im Zusammenhang mit der COVID-19-Impfung gestorben. Die folgenden Angaben und Grafiken beziehen sich ausschließlich auf den Europäischen Wirtschaftsraum.

Bevölkerung[6]	Gemeldete Nebenwirkungen	Betroffene Personen	Nebenwirkungen pro Person	Erstimpfung	Vollständig geimpft
453.090.377	3.821.433	1.131.193	Ø 3	336.351.614	304.331.205

	Schwerwiegende Fälle	Todesfälle
Erwachsene bis 64 Jahre	230.620	2.272
Ab 65 Jahre	60.047	7.481
Unter 18 Jahren	6.529	46
Unbekannt	9.030	429
<b>Gesamt</b>	<b>306.226</b>	<b>10.228</b>



## Schwerwiegende Fälle nach Krankheitsbildern



## Todesfälle nach Krankheitsbildern



## COVID-19- und Grippe-Impfung im Vergleich



[1] EudraVigilance-Datenbank: <https://www.adrreports.eu/de/search.html>  
 [2] Untererfassung von Nebenwirkungen: <https://link.springer.com/article/10.2165/0002018-200629050-00003>  
 [3] Detaillierte Informationen und Bericht: <https://www.impfnebenwirkungen.net/report.pdf>  
 [4] European Centre for Disease Prevention and Control: <https://www.ecdc.europa.eu/en/covid-19/situation-updates>  
 [5] Grippe-Impfung: <https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/seasonal-influenza-vaccination-europe-vaccination-recommendations-and-coverage-2007-2015>  
 [6] Anzahl der Bevölkerung Statistics Eurostat (europa.eu): <https://ec.europa.eu/eurostat/data-browser/view/tps0010/default/table?lang=en>  
 [7] Artikel: <https://www.blautopf.net/index.php/politik/politik-corona/item/325-covid-19-impfstoffe-26-mal-toedlicher-als-influenza-impfstoffe-48-mal-mehr-faelle-mit-nebenwirkungen>



# VOLLDRAHT-Selbstverständnis

VOLLDRAHT ist eine gedruckte Zeitung und eine digitale Webplattform von Bürgern für Bürger. Diese einzigartige Kombination wird durch Bürgerjournalisten, den einzig wahren, weil unbezahlten Reportern des wahren Lebens, mit Inhalt gefüllt. Wir wollen Bürgerjournalismus zu dem entscheidenden Wahrheits- und Wissens-element der neuen deutschen Medien machen.

VOLLDRAHT ist keine, einem Parteiprogramm folgende Zeitung, sondern muß als Sammlung verschiedenster Meinungen verstanden werden. Das beinhaltet, daß die Herausgeber und Macher dieser Medien-Plattform nicht unbedingt der Meinung sind, die der jeweilige Autor eines jeweiligen Themas vertritt.

VOLLDRAHT ist Pranger und Forum zugleich. An den Pranger sollen alle Mißstände gestellt werden, die in der politischen Auseinandersetzung mit dem Alltag zutage treten. Auf der Stufe des Forums stehend soll - nach Vorbild des altrömischen (Forum), altgriechischen (Agora) und germanischen (Thing) Demokratiedankens - jeder das Wort haben, der meint, daß er etwas zu sagen habe, um seine Gedanken formulieren und zur Diskussion stellen zu können.

VOLLDRAHT ist ein gigantisches Projekt Die Auseinandersetzung mit dem geschriebenen Wort ermöglicht die Kommunikation zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven, in einer Zeit von nicht selten irgeleiteten Berufsjournalisten, die gezielt gegen diesen Informationsaustausch arbeiten. Meinungsfreiheit ist ein großes Wort, aber VOLLDRAHT ist gelebte Meinungsfreiheit!

VOLLDRAHT ist Ihre Zeitung, machen Sie es zu Ihrem Sprachrohr!

# Preußen ist ein Gemeinschaftsprojekt

## - Die Zukunft in Freiheit und Sicherheit gestalten

**JB - [Politik] - Der Staat Preußen ist zeitnah aktivierbar, die dazu notwendigen Voraussetzungen sind durch die Preußen selbst umzusetzen, niemand anders kann diesen Souveränitätsanspruch erfüllen.**

Aus diesem Grund haben die Mitglieder des kommissarischen Staatsrats Preußen (MdkSP) die einleitende Handlung für diesen wichtigen Prozess übernommen. Die MdkSP besetzen keine Positionen, Posten oder Ämter, das können, dürfen und wollen sie auch nicht. Es ist die Notwendigkeit der temporären beratenden Handlungsführung und die Stellung des verantwortlichen Ansprechpartners für den Zeitraum bis zur Proklamation des souveränen Staat Preußen. Als Folge davon kann über den Subsidiaritätsprozess in den Gemeinden der korrekte Staatsaufbau durch das Volk selbst realisiert werden. Hierbei tritt eine Patt-Situation auf, die durch das BRD-Regime zur Weiterführung ihrer Okkupation gezielt herbeigeführt wurde und weidlich ausgenutzt wird. Einerseits wurden die Bürger in eine Politikverdrossenheit gelenkt, so dass diesen ihre Bürgerpflichten der selbstverantwortlichen Beteiligung ihres Lebensraumes abgewöhnt wurden und so zu teilnahmslosen Konsum-Zombies mutierten, die sich im betreuten Leben des gegenerten Einheitsbreies der Gleichmacherei mit der täglichen Geschlechtsdefinition beschäftigen können, aber nicht wissen wie das Brot auf den Teller kommen soll. Das wiederum ermöglicht, den über die Fraktionszwänge der Parteien und Amtsleiter auf Parteikurs gebrachten Bürgermeistern jede „Staatswillkür“ ohne Gegenwehr durchzusetzen. Wollen jetzt Bürgermeister die Schadenbegrenzung in der Gemeinde einleiten, stehen diese ohne Unterstützung der Bürger da, die überhaupt nicht verstehen, was tatsächlich hier gespielt wird. Erst in der Aufklärung kommt es zur Kooperation zwischen Bürgermeister und aktiven Bürgern und dann kann gegen die Parteienpolitik und Amtsleiter standgehalten bzw. diese aus der Gemeinde entfernt werden. **Der tatsächliche parlamentarische Diskurs ist ausgeschaltet, es gibt keine real umgesetzte Subsidiarität die außerhalb des Parteiwillens zugelassen wird.** Wir haben also auf der einen Seite die Bürger, die nicht wissen was sie wollen und auf der anderen Seite die Bürgermeister, die machen was sie „wollen“ und das ist der Parteiwille, nicht der ihre. Die Lösung sich aus diesem zerstörerischen Kreislauf zu befreien, liegt in Bewusstwerdung der eigenen Position; dass in dem Rechtskreis der BRD-Verwaltung die politischen Mandatsträger die Bürger im Sachrecht, als Personen (= Sache) handhaben - und nicht als Menschen. Aus dieser Erkenntnis heraus, wird sofort klar, dass die Okkupanten der BRD-Verwaltung keinerlei Legitimation für ihre Handlung nachweisen können, sobald eine über dem Sachrecht stehende justiziable Grundlage angewendet wird. In unserem Fall ist dies die gültige Verfassung Preußens im Stand 31. Januar 1850, die aus der Verfassung von 1848 entstanden ist. Hier liegen die Bodenrechte bei den Bürgern Preußens und das wirkt vor/über den im See- u. Handelsrecht agierenden Okkupanten der BRD. Da Preußen 1850 nichts, aber auch gar nichts mit den Kriegen, Verträgen und Schulden der Seerechtl. (Piraten) zu tun hat, ist es auch abwegig ständig von Friedensverträgen zu faseln, die selbst nur die Firmenkriege im See- u. Handelsrecht regeln könnten. Sie benötigen auch keine umfangreiche Sammlung von im See- u. Handelsrecht beglaubigten Urkunden, um ihre preußische Abstammung nachzuweisen, der einfache Nachweis der im preußischen Gebiet geborenen familiären Vorfahren reicht aus. Hinweis: Das Dogma des „Reichsbürgers“ dient dazu, das Sie keine Fragen stellen, die Sie dazu führen würden, dass die bestehende Parteienpolitik nichts anderes als ein mafioses Netzwerk von kriminellen Vereinigungen ist. Aufgrund der gegenwärtigen Situation einer massiv desinformierten und verängstigten Gesellschaft obliegt es jetzt den wenigen Menschen mit klarem Verstand die Position eines Menschen mit Bodenrechten in der preußischen Verfassung von 1850 zu ver-



Logo der Arbeitsgruppe „Preußen aktiv“

treten. Es ist der klar formulierte Wille des Menschen, sich nicht länger unwissentlich ausbeuten und in den Genozid treiben zu lassen. Das ist eine Feststellung und keine Bitte, Petition, Anfrage oder Diskussionsgegenstand „ob“ oder „vielleicht“: Sie haben damit den verbrecherischen Rechtskreis der Okkupanten verlassen. Und das hat in Kooperation mit dem Bürgermeister zu geschehen, der diese Position gemeinsam mit den aktiven Bürgern vertritt. Weigert sich der Bürgermeister, ist er ein Täter und privatrechtlich haftbar für seine Handlungen zu stellen und da sich die BRD (Deutschland) im Kriegerrecht befindet und ebenso Hochverrat im preußischen Rechtskreis begangen wird, ist von einer finalen strafrechtlichen Würdigung der Täter abzuziehen. Somit haben Bürger und Bürgermeister, die Pflicht sich ihrer rechtlichen und staatstragenden Position bewusst zu werden und in die Handlung zu kommen. Das einzige Druckmittel ist die egozentrisch agierende Sachbearbeiter-Ebene mit der bewaffneten Executive (Polizei), die im Status von Söldnern (Firmenangestellte) agieren. Hier wirkt nur die Aufklärung und Dokumentation der Rechtsbrüche, so dass diese in späteren Verfahren zur Verhaftung, Verurteilung und der Beschlagnahme des gesamten Vermögens zur Wiedergutmachung dienen. Wobei die systemrelevanten Schnittstellen wie Verwaltung, Polizei, Justiz, Sport, Pflegepersonal, Feuerwehr, Schulbedienstete usw. alle abgespritzt wurden und ca. 60% voraussichtlich an dem Gift krepieren. Das System wird über die Spritze bereinigt. Im Zusammenschluss der in der preußischen Verfassung von 1850 proklamierten Gemeinden ergibt sich der handlungs- und durchsetzungsfähige Gemeindeverbund, der nicht mehr an die Weisungsabhängigkeit der BRD-Okkupanten gebunden ist: eine souveräne Aufstellung im subsidiären Verbund der freien Gemeinden. Aus diesen Gemeinden und Gemeindeverbänden werden sich nach kurzer Zeit die fähigsten Menschen durch ihre Taten für die Gemeinschaft hervortun und den effektiven konstruktiven Neuaufbau der preußischen Verwaltung garantieren. Das Volk erhebt sich als Souveräne. Sie erkennen den Unterschied zu den bisher agierenden Gruppen, die sich auf Urkunden ominöser Adelstitel berufen, um Führungsansprüche zu gestalten. Jegliche Form von Kaiser und Königen und anderen grenzdebilen Gestalten ist wiederum ein aus dem See- und Handelsrecht abgeleiteter Anspruch, der mittels einer vorher festgelegten Gruppe mit Titelträgern von Kaiser, König, Reichskanzler und Schmeißfliegen ihre eigenen Interessen und die der nachgeschalteten NGOs vertreten. Natürlich gibt es viele Kreaturen, die sich sofort in den Dreck schmeißen wollen, das Knie beugen, um weiterhin verantwortungslos im betreuten Dasein dahinzuvegetieren. Das hat nichts mit Souveränität zu tun, das ist demütigend. Die Aufgabe der MdkSP besteht darin, den Aufklärungsprozess zu unterstützen und die rechtlich machbare Vorgehensweise darzustellen. Dazu werden zur Impulsgebung Flyer zu Verfügung gestellt und ein klärendes Anschreiben, das individuell angepasst für alle Bürgermeister anwendbar ist. Ziel dieser Maßnahmen ist, dass die Bürger selbstverantwortlich in die Handlung kommen und einen wahrhaftigen Bürgermeister einsetzen, der dann in Kooperation mit den Bürgern die Schadenbegrenzung für die Gemeinde einlei-

tet. Für die rechtlich verbindliche öffentliche Verkündigung und Information wird die Zeitung herausgebracht, so dass in der flächendeckenden Verteilung eine mediale Gegenposition aufgebaut wird, über die es möglich ist, das Lügenkonstrukt der politischen Mandatsträger zu erkennen und diese umgehend öffentlich zur Verantwortung zu ziehen. Dies dient zur Unterstützung der Gemeindegemeinschaft, die nur durch die aktiven Bürger selbst geleistet werden kann. Wer auch sonst, wenn nicht die Bürger, denn es ist ihr unmittelbarer Lebensraum, der von ihnen selbst gestaltet werden sollte. Wenn das nicht selbstverantwortlich geregelt wird, ist wieder der Missbrauch durch die Parteien vorprogrammiert (siehe die Situation in deiner Gemeinde). Ferner ist die gedankliche Hürde zu nehmen, dass auf „rechtlichem“ Wege der BRD-Gerichte eine Korrektur/Reform möglich sei. Dies ist nicht möglich, denn Ihre Position ist im verbrecherischen Staats-Wesen die eines Rechtlosen, was sie sofort prüfen können. Stellen Sie die richtigen Fragen an einen Finanzbeamten oder dem Psycho der als „Gesundheitsminister“ durch die Talkshows reist. **Das BRD-Regime hat keine Handlungs- oder Weisungsbefugnis gegenüber Preußen.**

Die MdkSP organisieren den regierungsbildenden Verwaltungsaufbau, so dass die sich wieder aufbauenden regionalen Wirtschaftskreisläufe in eine die Gesellschaft stabilisierende Funktion gebracht werden können. Die Gemeinden organisieren sich auf Grundlage des preußischen Rechtes neu und autark, wobei die Wertschöpfung Ihrer Arbeitsleistung in den Gemeinden verbleibt und die Gemeinden sich zügig reorganisieren können. Wir empfehlen den rechtzeitigen Umzug in Gemeinden, die sich organisieren, um dort eine Kräftebündelung der aktiven Bürger zu erreichen. Der Übergang wird zur härtesten Herausforderung, wenn die Gen-Spritze ihr volles Potential erreicht und wir den Verlust von ca. 60% der Bevölkerung verkraften dürfen. Sind die Gemeinden organisiert und der Verwaltungsapparat angepasst, die Fehler ausgemerzt und haben sich Menschen als befähigt gezeigt, so können die Fähigsten sich zur Wahl stellen und die Regierung für das jeweilige Land bilden. Mit der Regierungsbildung der Länder kann die Proklamation des Staates Preußen in Königsberg durchgeführt werden. Das ist jetzt die Kurzfassung und soll verdeutlichen, das keine NGO-Funktionsträger oder politische Nutznießer in Posten gesetzt werden, sondern eine Bürgerinteressen vertretende Regierung von den Bürgern mit den fähigsten Menschen selbst aufgebaut wird. Es versteht sich von selbst, das jegliche Parteiliebe ausgeschlossen ist. Wer jetzt meint, das vorab der gesamte Staatsaufbau durchorganisiert werden sollte, alles geregelt werden muss und jemand anderes die Verantwortung tragen soll, der hat nicht verstanden, dass dies auch eine Identitätsbildung ist, in der die Selbstverantwortung das zukünftige Leben bestimmen wird und nicht der Umzug in ein anderes Wohnheim mit Vollversorgung.

**Fangt an! Die gelebte Subsidiarität der Gemeinden ist der Schlüssel zur Befreiung.**

G e h l k e n, Ronald - Original  
Telegramm 28.02.2022

### Reaktivierung Preußens. Nur über Preußen ist eine Reaktivierung möglich.

Im Zuge der Christianisierung unter dem Papst, haben die Askanier unter Albrecht dem Bären, das Land erobert.  
Die Küstengebiete, die unter schwedischer Flagge waren, den Schweden abgekauft und dadurch die tatsächlichen Eigentumsrechte am Grund und Boden erworben.

Diese Eigentumsrechte verschenkte Albrecht dann an die zugezogenen Bauern in Erbfolge, so dass die Bauern ihr eigenes Land bewirtschaften und dies auch vererben konnten.  
Das spiegelt sich auch im preußischen Landrecht vom 01.06.1794 wider.  
Anfangs war Preußen nur ein Fürstentum rund um Königsberg, ein Lehen der röm. kath. Kirche, die auch alle Titel verlieh.  
1701 krönte sich Kurfürst Friedrich III von Brandenburg dann selbst zum König.  
Nur hatte er keine Bodenrechte, die konnte ihm die Kirche auch nicht verleihen, er sich selbst schon gar nicht, er besetzte und verwaltete das Land einfach.  
Die tatsächlichen Bodenrechte lagen beim preußischen Volk, denen dann 1794 die Grund- und Bodenrechte zugesichert wurden.

Zwischen 1871 und 1878 wurde die röm. kath. Kirche durch Bismarcks Kulturkampf zwar aus dem Reich verbannt, die Menschen- und Bodenrechte wurden den deutschen Völkern auf Ewigkeit garantiert, das Reich jedoch lag zu der Zeit schon längst unter der See- Handelsrechtlichen Decke - Deutsches Reich 1871 - außer Preußen.  
**Der König war nur der König von Preußen und nicht der König in Preußen.**  
Dazu fehlten ihm die Bodenrechte, die dem Volk gehörten.  
**Von daher verfügt nur Preußen über die volle staatliche Souveränität!**

Bei Wikipedia wird als Hauptstadt Preußens zwar Berlin genannt, tatsächlich war Berlin aber nur die Hauptstadt des Handels Konstrukt - Deutsches Reich, - jeder Bundesstaat hatte eine eigene Hauptstadt, die Hauptstadt Preußens war und ist Königsberg, das heutige Kaliningrad.

Preußen stand dem - Deutschen Reich 1871, - als auch der Weimarer Republik, dem 3. Reich Adolf Hitler und auch der BRD / BRiD / BUND usw. immer als Ausland gegenüber, Preußen konnte nur zwangsverwaltet werden, weil die Preußen vergessen haben welche Rechte ihnen zustehen.  
**Von daher ist nur die Reaktivierung Preußens im ersten Schritt möglich!**

Merkwürdigerweise ist nur das Gebiet des damaligen Fürstentums Preußen, um die Hauptstadt Königsberg, dessen Bodenrechte auch den Preußen gehören, von Russland besetzt worden, ein kleines Gebiet, eingeschlossen von Polen und Litauen.  
Man könnte tatsächlich meinen, Russland hält den Preußen die Tür zur Reaktivierung weit offen.  
So ergeben Putins Worte - die Reaktivierung Preußens ist kein Problem und die Aussagen, wenn die Deutschen Hilfe wollen, müssen sie nur kommen und darum bitten, Sinn.

# Landesregierung MV hat abzutreten

## - MdkSP fordern die Regierungsübergabe

Fortsetzung von Seite 5

Es gibt keine Wiedervereinigungen zwischen DDR und BRD (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24 April 1991- BvR 1341/90) Die BRD verfügt weder über ein Staatsgebiet noch über ein Staats- Volk.

**Somit ist auch die Gründung der Bundesländer vom 14.10.1990 null und nichtig.**

1992 Das Sozialgericht Berlin hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.05.1992

(Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) festgestellt, dass der so genannte Einigungsvertrag vom 31.08.1990 (BGBl. 1990, Teil II, Seite 890) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitragen kann, was bereits am 17.07.1990 aufgelöst worden ist).

**BVerfGE zum Grundgesetz**

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“ am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“ (BVerfGE 3, 288 (319f):6, 309 (338, 363))

**Hier sollte es jetzt klargestellt sein, dass es keine Bundesländer gibt!** Da kommt dann sofort die Frage auf, um welches „Bundesland“ soll es sich hierbei handeln?

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern  
D-U-N-S® Nummer: 34-095-1099

Firmeninformation

Adresse: Schloßstr. 2-4  
19053 Schwerin

Bis zum 15. September 1997 existierte nur dieses in den USA (Delaware) gemeldete, private Unternehmen ohne Hoheitsrechte. Erst am 15. September 1997 schloss diese Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern ein Konkordat mit der röm. kath. Kirche um ein See- Handelsrechtliches Staatswesen gründen zu können. Von diesem Zeitpunkt an gab es rein jur. ein fiktives (erdacht/erdichtet) Hochseeschiff auf hoher See (12 Seemeilen = 22,5 Km) von jedem Festland entfernt, das den Namen Mecklenburg-Vorpommern trug und dessen Handelsflagge führte.

**Die Hohe- See ist der Rechte- und Gesetzlose Raum!** Auf dem Festland hat weder Kapitänin Schwesig noch ihre Mannschaft irgendwelche hoheitlichen Rechte und Befugnisse! Schwesig und ihre Mannschaft betreiben auf dem Festland die kriminelle Piraterie! So wie alle angeblichen Bundesländer hier! Aber auch hier hat die NGO - BUND - Vorsorge getroffen um nicht in die Haftung für die Plünderungen an der Deutschen Zivilbevölkerung zu geraten!

**1991 (01. Jan) Streichung des § 795 BGB - Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.**

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind.

Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Das bedeutet, jeder Verwaltungsakt durch die Bundesländer kann nur unter privater, persönlicher Haftung des Herausgebers erlassen werden. Herausgeber ist immer der, der den Verwaltungsakt unterschreibt, ersatzweise der Geschäftsführer der Firma.

**Da sie keine versicherten Verwaltungsakte herausgeben können, liegt hier vorsätzlicher Betrug in jedem Einzelfall vor.**

**Verdeutlicht wird es hier.**

**BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015**

Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt!

**Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.**

**Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtsfähig und somit auch nicht prozessfähig.**

**Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern ausnahmslos nur schuldfähig!**

**Noch deutlicher hier!**

**Erklärung des Niedersächsischen Justizministers hierzu:**

**Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht nicht beigetreten.**

Gemäß der Erklärung des Nds. Justizministeriums in (Dokument 1001 I-202.45) vom 19.01.2017 n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und
- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet.

**Diese Handlungen sind strafbar.**

Natürlich handelt es sich bei den Niedersachsen auch nur um eine Piratenbande, irgendeiner musste das aber verkünden, vielleicht haben sie dazu Streichhölzer gezogen, kurz verliert, aber sie haben die Haftung für die kriminellen Raubzüge und Plünderungen nach unten, auf die Ausführer verschoben.

**2015 BVerfGE Bundesländer haben keine Grundrechtsberechtigung.**

Gemäß Bundesverfassungsgericht in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 besitzt das Land SCHLESWIG-HOLSTEIN keine Grundrechtsbefugnis und keine Grundrechtsberechtigung. Somit verfügt kein sog. Bundesland über irgendwelche Grundrechtsberechtigungen oder Grundrechtsbefugnisse.

Keines der sogenannten Bundesländer ist am 14.10.1990 dem Grundgesetz beigetreten. Somit können weder Be-

rechtigungen noch Befugnisse zum GG vorhanden sein.

Die sog. Bundesländer sind einem **nicht existenten** Rundfunk- Staatsvertrag beigetreten. (Hier handelt es sich um das private Grundgesetz der BRiD ohne Rechte und Befugnisse)

Die BRiD hat seit dem 18.07.1990 keinen Verwaltungsauftrag der Alliierten mehr.

**§ 5 Telemediengesetz und § 55 Abs. 1 des Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV):**

Diese Tatsache wird auch bestätigt in der Feststellung des juristischen Bundesverfassungsgerichtes, denn in der öffentlichen Verfassung Ordnung gilt in

**BVerfGE 1 BvR 1766/2015**

juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtsberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen

**(Grundrecht = öffentliche Ordnung).**

Für juristische Personen des öffentlichen Rechts gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht. Juristische Personen des privaten Rechts haben keine Grundrechtsberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden, denn nach der Konfusion - und Durchscheinargumentation können Fiktionsfiktionsfiguren gemäß morituri te salutant.

**Offiziell wurde dann der Vatikan mit Datum vom 25.12.2012 zwangsgepfändet.**

**Der OPPT Act** - Bekanntgabe am 25.12.2012 Deklaration of Facts:

Alle Staatsdiener handeln seit der UCC-Einreichung „Declaration of Facts“ (UCC Doc # 2012127914) vom 28. November 2012 durch OPPT auf eigene Verantwortung und haften persönlich für ihre Handlungen. Sie haben seitdem nicht mehr die Sicherheit ihrer zwangsvollstreckten Firmen im Rücken. Alle Regierungscharts sind annulliert:

**Deutlicher geht's nicht mehr!**

Sogar eine Vertretung bei der NGO - BUND (B'nai B'rith) hat Kapitänin Schwesig.

Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund  
D-U-N-S® Nummer: 31-499-1291

Firmeninformation

Adresse: In den Ministergärten 3  
10117 Berlin

Da sind die Verbrecher unter sich!

Eine Nicht- Regierungs- Organisation die für sich selbst Gesetze erlässt und Bundesländer die diese Gesetze nach unten zur Durchsetzung unter privater Haftung weiter reichen.

**Alles nur Täuschung und Betrug!**

### Die MdkSP haben Sie hiermit per Verkündung in der Zeitung,

### über das Verbrechen durch das BRD-Regime an der indigenen Bevölkerung Deutschlands informiert!

Die MdkSP fordern die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Regierungsübergabe auf.

### Was gedenken Sie jetzt zu tun?

Für die Täter, die Nutznießer, die Feigen, die Degenerierten, die Narzissten, Psychopaten, Soziopaten, Pädophilen ist es einfach: sie machen weiter wie bisher, ihr Schicksal ist besiegelt. Sollten sie sich in der oben genannten Aufzählung nicht wiederfinden, gehe ich davon aus, das Sie an einer Lösung interessiert sind. Was angesichts der die Vorstellungskraft sprengenden Dimension des Verbrechens kaum möglich scheint. Und dennoch ist es einfacher als Sie glauben. Zuerst sollten Sie das Verbrechen erkennen können, dazu dienen die vorgenannten detaillierten Ausführungen. Bei der Detailfülle ist es ein Lernprozess, der durch die Beschäftigung mit dem Thema vertieft wird - dazu gehört auch die Diskussion in der Familie und im Freundeskreis. Sobald sie sich eingelese haben, formulieren sie Ihre Fragen und schreiben diese Fragen nieder, fangen Sie an zu recherchieren und stellen dann Ihre Fragen dem Bürgermeister, den Stadtrat, den Mitgliedern, Sachbearbeiter. Aus diesem Erkenntnisgewinn werden sie verstehen, wie stark die Verwerfungen in der Gesellschaft sind. Suchen Sie sich Mitstreiter in der Gemeinde, die genauso wie sie die Antworten haben wollen.

Die verantwortlichen Bürgermeister haben in der Regel kein Interesse die Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und werden ihr Ansinnen zur Aufklärung einfach ablehnen. Das ist der Moment in

dem Sie real mit dem Verbrechen konfrontiert werden und sie den Bürgermeister schriftlich auffordern die offenen Fragen zu erklären oder er hat seinen Posten zu verlassen. Dazu ist es hilfreich mit medialen Aktionen Ihre Mitbürger zu informieren und so die Akzeptanz für ihre Aufklärungsarbeit zu erhalten. Es geht alle an.

Lassen sie sich nicht entmutigen, die Kommunalpolitiker halten nur solange stand, wie die Information zum Genozid gedeckelt werden kann bzw. die Unternehmer nicht länger ihr schwindendes Vermögen tolerieren wollen. Da nützt es auch nichts dass die Privatnummer des Bürgermeisters im Handy gespeichert ist, die Firma geht pleite und das Geld ist weg. Motivierend wirkt sich eventuell auch die Tatsache aus, dass zur Vertuschung des Verbrechens die BRD den Krieg mit Russland provoziert. Sollten sie also kein Verlangen haben ihr Weib und Kinder blutend von der Straße sammeln zu wollen, wäre eine klare Ansage beim Bürgermeister angebracht. Sie werden sicherlich bemerkt haben, dass die Sanktionen gegen Russland ausschließlich die deutsche Wirtschaft und Energieversorgung ruinieren, wenn also das Licht ausgeht, ist nicht Russland daran schuld, sondern die Verbrecher des BRD-Regime und die Trottel die da mitmachen. Man muss ja nicht alles mitmachen, oder?

Die Schnittstelle ist der Bürgermeister, entweder der BM lenkt ein und han-

delt in Kooperation mit den Bürgern oder die Gemeinschaft der Gemeindemitglieder schmeißt den Mittäter aus der Gemeinde raus. Wie sie oben unschwer erkennen konnten, gibt es keine Reformmöglichkeit, sollte Ihnen jemand was anderes erzählen wollen: kurz und bündig an den Ohren aus dem Haus ziehen und direkt entsorgen. Das spart Zeit und Nerven.

Um in die Rechtstaatlichkeit eines souveränen Staates zu kommen, darf der BM in Kooperation mit aktiven Bürgern die Zuständigkeit der gültigen preußischen Verfassung 1850 proklamieren. Sie werden jetzt fragen: „... aber die Landesregierung hält doch die Staatskanzlei besetzt, wie verschwinden die Verbrecher?“ Das ist eine gute Frage, es ist kaum vorstellbar, dass wenn ein MdkSP in der Staatskanzlei die Regierungsübergabe fordert, dem nachgekommen wird.

Es sind Verbrecher und die gehen erst weg, wenn keine Akzeptanz ihrer Herrschaft durchzusetzen ist und das geschieht in den Gemeinden. Es gibt keine Justiz. Die Gemeinden reagieren auf den Notstand mit der Notwehr zum Selbstschutz und das am besten im Gemeindeverband. Ab 10% beteiligter Gemeinden ist der Bann gebrochen, die 90% der Gemeinden rauschen in das Chaos und die 10% halten ihre Position und bauen die regionalen Wirtschaftskreisläufe wieder auf.

Was meinen Sie, wie das auf die benachbarten Gemeinden wirkt? Sie bepflanzen die notwendigen Flächen für Getreide, um die Nahrungsmittelversorgung zu sichern und in der Nachbargemeinde tobt der türkische Landwirtschaftsminister und diktiert freie Ökflächen statt Getreide. Während die „Außenministerin“ Baerbock, die Alternativlosigkeit des Krieges näherbringt. Sie sagen „Nein!“ und nehmen ihre Gemeinde aus der Kriegsspirale.

Mit zunehmender Information der Bevölkerung zu dem Stillstand der Rechtspflege und dem organisierten Verbrechen der politischen Mandatsträger schwindet der Rückhalt bei der Exekutive. Es ist doch klar, dass die Polizisten nur zeitlich begrenzt, dieses jetzt offensichtliche Verbrechen decken werden, weil es ihnen selbst die Lebensgrundlage entzieht. Und dann fängt die Flucht der Politiker an. Die sind blitzschnell weg. Verfallen sie nicht dem Irrtum, dass jemand anderes die Freiheit für Sie regeln wird - das wird nicht passieren. Die effektive Wirkung wird erst erzielt, wenn jeder für sich entscheidet diesen Irrsinn nicht mehr länger mitzumachen und sich innerhalb der ihm zu Verfügung stehenden Möglichkeiten einbringt.

**Die gelebte Subsidiarität (Selbstverwaltung der Gemeinden) ist der Schlüssel für den Neustart in eine sichere Zukunft.**

# „M-I-C-K-E - Y T-R-A-N-S“ MICKEY TRANS!

Willkommen in Disneyland, wo man „Träumer“ statt „Jungen und Mädchen“ sagt.

Willkommen in Disneyland, wo in den letzten zehn Jahren jedes Jahr mehrere Disney-Mitarbeiter wegen Sexualdelikten an Kindern verhaftet worden sind.

Willkommen in Disneyland, wo sie offen zugeben, dass sie schwule und lesbische Propaganda in ihre Kindershows einbauen und planen, dies noch weiter zu verstärken.

Willkommen in Disneyland, wo man plant, das vom Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, verabschiedete Gesetz über elterliche Rechte“ zu bekämpfen.

Willkommen in Disneyland, wo Disney-Mitarbeiter erst letzten Monat bei einer Aktion gegen den Kinderhandel erwisch wurden.

Disney plant, unsere Kinder schon früh mit LGBTQ+-Inhalten zu überschwemmen. Ihre „ach so aufgeweckte“ Agenda wurde aufgedeckt, als Disney beschloss, voll auf den Putz zu hauen, als das Gesetz „Elternrechte in der Erziehung“ verabschiedet und unterzeichnet wurde.

Ups! Disney, dein „Rattenschwanz“ ist zu sehen! Erwarten Sie, dass die Disney-PR-Maschine in den vollen Rettungsmodus schaltet, aber sie werden nicht in der Lage sein, den Wirbelwind der schlechten PR zu stoppen, den sie selbst verursacht haben. **Die Eltern reagieren bereits**, indem sie ihre Disney-Urlaube und -Kreuzfahrten stornieren, ihre Disney-Aktien verkaufen und Disneys Dampferdienste aus ihren Häusern verbannen. Das ist ein



guter erster Schritt. Wir müssen den Druck auf Disney aufrechterhalten und unsere „normalen“ Freunde und Verwandten davon überzeugen, das Gleiche zu tun. Denken Sie daran, dass Disney ein RIESIGES Unternehmen ist und viele Firmen besitzt: Von TitleMax.com ABC ESPN (80%ige Beteiligung) Touchstone-Bilder Marvel Lucasfilm A&E (50%ige Beteiligung mit der Hearst Corporation) The History Channel (50%ige Kapitalbeteiligung mit der

Hearst Corporation) Lifetime (50%ige Kapitalbeteiligung mit der Hearst Corporation) Pixar Hollywood Records Vice Media (10%ige Beteiligung) Core Publishing

Darüber hinaus gibt es noch die bekannteren Unternehmen: Disney-Fernseher, Disney-Geschäfte, Disney-Radiosender und Disney-Parks (einschließlich Walt Disney World Resort, Disneyland Resort, Disneyland Paris, Disney Cruise Line und einer Vielzahl anderer Ferienanlagen). Die Parks und Immobilien sind in der Regel die größten Cash-Cows des Unternehmens.

Diese MEGA-Konzerne müssen zerschlagen und ihrer Macht beraubt werden. Keine „Maus“ wird mir vorschreiben, wie ich zu leben oder zu denken habe!

Planen Sie entsprechend, Tina Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator aus GrrrGraphics.com

**Kommentar der Redaktion**  
„Das nicht Sehen wollen, das Schweigen zum organisierten Kindesmissbrauch ist die Akzeptanz. Ihr Versagen, Ihre Feigheit tötet tagtäglich Kinder in Deutschland. Es geschieht direkt vor Ihren Augen und Sie schauen weg.“

